Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 41. Mittwoch, 19. Februar 1919, abends. 72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.90 Mark, monatlich 1.30 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur Ausführung der Reichsverordnung über **Waffenbesitz** vom 13. Januar 1919 (R. G. Bl. Seite 31) wird folgendes bestimmt:

1. Alle in § 1 der Verordnung aufgeführten Schußwaffen (Gewehre, Karabiner — Flammenwerfer) sowie Munition aller Art zu Schußwaffen sind innerhalb 14 Tagen nach Erlaß dieser Ausführungsbestimmungen abzuliefern.

Personen, die nach Ablauf dieser Frist in das sächsische Staatsgebiet zuziehen, haben der Ablieferungspflicht unverzüglich nachzukommen.

2. Die Ablieferung hat in Dresden an die Polizeidirektion und deren Wachen, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung an die Stadträte (Polizeiämter) und deren Polizeiwachen, in den übrigen Orten an die Gemeindebehörden zu erfolgen. Die letzteren haben die abgelieferten Stücke in Sammelsendungen an die Amtshauptmannschaften weiterzugeben. Von den Behörden, an die die Ablieferung erfolgt, sind mit fortlaufender Nummer versehene Empfangsbestätigungen auszustellen, über die ein Verzeichnis zu führen ist, in das zu jeder Nummer Name und Wohnung des Abliefernden eingetragen werden muß. Die abgelieferten Stücke, an denen die entsprechende Nummer in dauerhafter Weise (womöglich mit Draht befestigt) anzubringen ist, sind in einem gegen Einbruch und Diebstahl hinreichend geschützten Amtsraume aufzubewahren, bis von der Landeszentralbehörde weitere Verfügung getroffen wird. Im Falle von Unruhen sind die Aufbewahrungsräume mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen Plünderung zu schützen. Eine Entschädigung für die in behördliche Verwahrung genommenen Gegenstände wird nicht gewährt.

3. Von der Ablieferungspflicht sind befreit:

hinsichtlich der Dienstwaffen oder Jagdgewehre nebst der dazu gehörigen Munition

a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Forstschutzbeamte, Militärpersonen),
b) die Inhaber von noch nicht abgelaufenen deutschen Jahres-Jagdkarten,
c) die nach §§ 3 und 4 des Jagdgesetzes zur selbständigen Ausübung der Jagd berechtigten Personen

hinsichtlich der Waffen und Munition, zu deren Besitz ihnen besondere Genehmigung erteilt ist.

d) die Inhaber von Waffenscheinen der Kreishauptmannschaften,
e) bis auf weiteres Schützengesellschaften und Militärvereine, die die Genehmigung zum Besitze von Waffen haben. Die Vorsteher dieser Vereine haben für unbedingt sichere Aufbewahrung zu sorgen. Auch haben sie der unter Ziffer 2 bestimmten Ablieferungsbehörde binnen 14 Tagen Verzeichnisse derjenigen ihrer Mitglieder einzureichen, die Waffen besitzen, hierbei auch Zahl und Gattung dieser Waffen genau anzugeben.

Endlich kann in besonderen Fällen vertrauenswürdigen Personen von den Polizeibehörden (in Dresden von der Polizeidirektion, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung von den Stadträten — Polizeiämtern —, in den übrigen Orten von den Amtshauptmannschaften) ein Erlaubnisschein zum Besitz (nicht Tragen) von Waffen erteilt werden. Insbesondere können für Schußwaffen, die familiengeschichtlichen, künstlerischen oder historischen Wert haben, solche Erlaubnisscheine ausgestellt werden.

4. Die Ueberlassung von Schußwaffen und Munition an Personen, die nicht unter Ziffer 3 a—e fallen, ist bis auf weiteres nicht nur den Waffenhändlern und Trödlern, sondern auch allen anderen Personen verboten. Die Berechtigung zum Besitze von Schußwaffen und Munition gemäß Ziffer 3 a—e ist vor der Ueberlassung durch Kauf, Tausch oder Schenkung sorgfältig zu prüfen, nötigenfalls durch Anfrage bei der Ortspolizeibehörde.

5. Die Hauseigentümer oder deren gesetzliche Vertreter sind verpflichtet, von dem Vorhandensein nicht angemeldeter Waffen in ihren Grundstücken der Ortspolizeibehörde Mitteilung zu machen.

6. Die Polizeibehörden sind zu Haussuchungen berechtigt und verpflichtet, wenn der Verdacht besteht, daß Waffen verheimlicht werden. Die militärischen Sicherheitsorgane sind hierbei zur Unterstützung der Polizei verpflichtet.

7. Auf die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die das Waffentragen und das Schießen unter Strafe stellen, wird ausdrücklich hingewiesen.

8. Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 4 und 5 dieser Verordnung werden, sofern nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bestraft. 158 a/b II A

Dresden, am 14. Februar 1919. 1827

Ministerium des Innern. Justizministerium. Ministerium für Militärwesen.

Verordnung,

die Vornahme der Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) in den sächsischen Bergbezirken betreffend, vom 18. Februar 1919.

Zur weiteren Ausführung der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. S. 1456) wird folgendes bestimmt:

I. Die Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) haben im Berginspektionsbezirke Leipzig am 25. Februar 1919, in den übrigen sächsischen Berginspektionsbezirken am 4. März 1919 stattzufinden.

II. Für die unter I. bezeichneten Wahlen gelten folgende Abweichungen von den unter dem 31. Januar 1919 (Nr. 28 der Sächs. Staatszeitung vom 4. 2. 1919) veröffentlichten Ausführungs-Bestimmungen:

1. § 6 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 und § 2 der Wahlordnung werden dahin abgeändert, daß die dort bezeichneten Personen wahlberechtigt sind ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit.

2. Die Fristen in § 8 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung werden dergestalt abgekürzt, daß

a) das Wahlausschreiben spätestens drei Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe zu erlassen ist,
b) Einsprüche am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs anzubringen sind,
c) Vorschlagslisten nur berücksichtigt werden, die spätestens am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs eingehen,

ferner die Frist in § 8 Abs. 2 dergestalt,

daß die Worte „von höchstens 2 Tagen" gestrichen, endlich die Frist in § 9 dergestalt, daß die Worte „spätestens 3 Tage" ersetzt werden durch die Worte „am Tage".

III. Endlich ist in § 5 Abs. 2 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 der Druckfehler zu berichtigen, daß an Stelle der Worte „für Ausschüsse mit 50 oder mehr Mitgliedern" die Worte zu treten haben „für Ausschüsse mit 5 oder mehr Mitgliedern".

Dresden, den 18. Februar 1919. 564 III J

Arbeits-Ministerium.
Heldt. 1844

Herr Gutsbesitzer Oswin **Kühne** in **Kobeln** ist als Gemeindeältester für Kobeln auf die nächsten 6 Jahre und zwar auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 in Pflicht genommen worden.

Großenhain, am 8. Februar 1919.

185 f E. **Die Amtshauptmannschaft.**

Mit Rücksicht auf die lange Dauer des Krieges und den noch immer bestehenden Mangel an Baustoffen hat das Ministerium des Innern mit Verordnung vom 22. Januar 1919 der Kreishauptmannschaft die Befugnis erteilt, von der ihr am 3. März 1917 erteilten Ermächtigung, Baugenehmigungen, die wegen der im Kriege eingeschränkten Bautätigkeit ihre Gültigkeit verlieren würden, zu verlängern, nochmals Gebrauch zu machen. (Vergl. Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 26. September 1917).

Es ist auch hierbei wiederum vorauszusetzen, daß sich inzwischen die Verhältnisse, die für die ursprüngliche Baugenehmigung maßgebend waren, nicht geändert haben. Die Verlängerung der Baugenehmigung wird deshalb davon abhängen, daß der Baubeginn rechtzeitig angezeigt wird. Entsprechende Gesuche sind ebenfalls bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft einzureichen.

Großenhain, am 17. Februar 1919.

138 a C. **Die Amtshauptmannschaft.**

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 21. laufenden Monats ab

1. auf Abschnitt 61 der
   grünen und roten Nährmittelkarte I 250 gr **Kindergerstenmehl,**
2. auf Abschnitt 61 der
   grauen Nährmittelkarte I 125 gr **Gerstenmehl,**
   gelben „ I 75 gr „
3. auf Abschnitt 56 der gelben Warenbezugskarte III 500 gr **Marmelade.**

Die Entnahme hat **bis spätestens den 27. laufenden Monats** zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Gerstenmehl —.77 Mk., in 1-Pfund-Paketen,
—.40 „ in ½-Pfund-Paketen,
Marmelade 1.— „ für 1 Pfund.

Die Abschnitte 61 der grünen, roten und grauen Nährmittelkarte I, sowie die Abschnitte 56 der gelben Warenbezugskarte III sind ungezählt und ungebündelt in einem verschlossenen Briefumschlag mit der Aufschrift der Verteilungsstelle bis spätestens den 1. März laufenden Jahres an die Unterverteilungsstelle einzureichen. Diese haben sämtliche Abschnitte gesammelt **bis spätestens den 3. März 1919** an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

Die Abschnitte 61 der gelben Nährmittelkarte I sind direkt **bis spätestens den 1. März 1919** an Herrn Kommissionsrat Ernst Bilke in Riesa einzusenden.

Graupen oder Grütze für Heeresentlassene sind nicht mehr auszugeben, da letztere in die allgemeine Verteilung mit aufgenommen sind.

Großenhain, am 18. Februar 1919.

224 b III. **Der Kommunalverband.**

Die Lieferung von rd. 220 cbm Brennholz, 800 Reiserbesen, ferner die Anfuhre von Steinkohlen, Briketts u. Koks, sowie das Räumen der Asche- und Müllgruben für 1919 soll öffentlich verdungen werden. Die Bedingungen sind im Geschäftszimmer der Garnisonverwaltung — Pionier-Kaserne, Stabsgebäude Zimmer 61 — einzusehen und Angebote, verschlossen, bis **5. März 1919** vorm. 10 Uhr einzusenden. Bewerber, welche die Bedingungen nicht eingesehen haben, bleiben unberücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 2 Wochen.

Garnisonverwaltung Riesa.

Erste Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums.

(Stimmungsbild.)

Ein sogenannter „großer Tag". Der sonst so leere Zuhörerraum ist gut besetzt. Die erste Sitzung eines aus dem Schoße der gegenwärtigen bewegten Zeit geborenen neuen Kollegiums ist schließlich auch der Beachtung wert. Und wenn, wie bei uns, im Stadtparlament das „Hüben" und „Drüben" sich die Wage hält, so ist die Vorsteherwahl auch so etwas wie „das Ei des Columbus". Es war also durchaus Grund vorhanden, der ersten Sitzung mit Spannung entgegenzusehen. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, jahrein, jahraus im Stadtverordnetensaale zugegen ist, der konnte sich der Wirkung des Neuen nicht entziehen. Das war wirklich ein neues, ein fremdes „Gesicht". Noch lag auf ihm zu sehr der Ausdruck der Spannung und Erwartung, als daß man schon deutlich in seinen Zügen hätte lesen können. Härtere und markantere Linien trägt es wohl. Aber natürlich fehlt auch ein freundlicher Zug nicht. Das festzustellen gebietet ja schon die Höflichkeit gegen die Damen, und die hielten gestern ja auch ihren Einzug ins Stadtparlament. Die Arbeit im Kollegium ist hart und der Wunsch darum naheliegend, daß Schillers Wort von den Frauen: „. . . . sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben", auch vor dem Stadtverordnetensaale nicht Halt machen möge. Die Politik hat es jedenfalls nicht getan, wenigstens trägt die Sitzordnung des Kollegiums entschieden das Merkmal einer politischen Gruppierung. Die Stuhlreihen rechts vom Vorsitzenden nahmen die bürgerlichen, die links die sozialdemokratischen Vertreter ein. Wir werden also, wenn wir von unserem Stadtverordnetenkollegium sprechen, künftig auch von einer „Rechten" und einer „Linken" reden können, das ist ohne Zweifel eine hervorragende Errungenschaft. Das Kollegium hörte zunächst die Einweisungsrede des Herrn Bürgermeister Dr. Scheider, in der dieser mit herzlichen Worten des Dankes auch der Tätigkeit der nicht wiedergewählten Stadtverordneten gedachte und in großen Umrissen die Aufgaben besprach, die der Erledigung durch das neue Kollegium harren. Es war ein reicher Kranz von städtischen Wünschen und Bedürfnissen, den er dem Kollegium darbot: Aufsuchung neuer Steuerquellen, Wohnungsfürsorge, Wohlfahrtspflege, Beschaffung neuer Geschäftsräume, Einheitsschule, Bebauungsplan, Ortsgesetze, Instandsetzung unserer Straßen usw. Die Stadtverordneten werden sich also mit einem nicht geringen Maß von Arbeitsfreudigkeit wappnen müssen, und der Appell des Redners, sich zu gegenseitigem Zusammenarbeiten die Hand zu reichen, hatte volle Berechtigung. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß der Vorsitzende des alten Kollegiums, wenn er wieder zum Stadtverordneten gewählt ist, auch den Vorsitz in der ersten Sitzung des neuen Kollegiums zu führen hat. Also übernahm nach der Ansprache des Herrn Bürgermeisters Herr Stadtv. Romberg, der schon vorher mit Herrn Stadtv. Geißler am Vorstandstisch Platz genommen hatte, den Vorsitz, um die Wahl des ersten Vorstehers zu leiten. Was man schon vorher wußte, trat ein: die Wahl verlief ergebnislos, da beide vorgeschlagenen Kandidaten, die Herren Romberg und Schönfuß, die gleiche Stimmenzahl auf sich vereinigten. Nur im ersten Wahlgang gab es so etwas wie eine kleine Ueberraschung, als der Vorsitzende bei der Stimmenauszählung auch den Namen „Geißler" nannte. Gespannter folgte man der weiteren Auszählung, aber es blieb bei dieser einen abgesplitterten bürgerlichen Stimme, die übrigens wohl Herr Stadtv. Romberg abgegeben hatte, und da auf einen Kandidaten mindestens 11 Stimmen entfallen mußten, um ihn als gewählt gelten zu lassen, so blieb das Resultat trotzdem unentschieden. Es hatten Romberg 9, Geißler 1 und Schönfuß 10 Stimmen erhalten. Beim zweiten Wahlgang sahen auch die Bürgerlichen ein, daß angesichts der gegebenen Sachlage jede Stimmenzersplitterung ein unangebrachter Luxus sei, und so kam diesmal das Ergebnis 10 : 10 zustande. Es half nichts, man mußte der Geschäftsordnung den Willen tun und noch einen dritten Wahlgang vornehmen. Vorher riskierte Herr Scherffig einen kleinen Vorstoß. Er wies darauf hin, daß bei der Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratischen Stimmen die bürgerlichen um 300 überflügelt hätten, daß also die Sozialdemokraten berechtigt seien, den 1. Vorsitzenden zu stellen. Herr Netzer konnte ihm erwidern, daß die Bürgerlichen dann auf Grund des älteren Kollegiums den Anspruch auf den 1. Vorsitzenden erheben könnten. Es blieb also auch im dritten Wahlgang bei dem gleichen Ergebnis: Romberg 10, Schönfuß 10 Stimmen. Die Wahl mußte deshalb ausgesetzt werden und wird in einer vom Vorsitzenden innerhalb acht Tagen anzuberaumenden neuen Sitzung wiederholt werden. In ihr wird wohl das Los die Entscheidung bringen müssen. Man wählte schließlich noch eine viergliedrige Kommission, welche die Besetzung der Ausschüsse in paritätischer Weise vorbereiten soll. Der ergebnislose Verlauf der ersten Sitzung mag bezeichnend sein für die Gegensätze, die im neuen Kollegium vorhanden sind. Trotzdem soll er uns kein schlechtes Omen für die Zukunft bedeuten. Wir wollen vielmehr Optimisten genug sein und uns die Hoffnung nicht nehmen lassen, daß die Not der Zeit und die Liebe zu unserer Stadt auch das neue Kollegium zu segensreicher Arbeit zusammenführen werden. A. Hl.

Nichtamtlicher Sitzungsbericht.

Das Stadtverordneten-Kollegium hielt gestern abend von 5 Uhr ab im Realprogymnasium seine erste

Sitzung nach der Neuwahl ab. Das Kollegium war vollzählig anwesend. Am Ratstische hatten Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. [illegible], sowie die unbesoldeten Ratsmitglieder Herren [illegible], Berg, [illegible] und Müller Platz genommen. Außerdem hatte sich eine größere Anzahl Zuhörer eingefunden.

Einweisungsrede des Bürgermeisters.

Herr Bürgermeister Dr. Scheider eröffnete die Sitzung kurz nach 5 Uhr mit einer Ansprache, in der er etwa folgendes ausführte. Nachdem während des Krieges Stadtverordnetenwahlen nicht stattgefunden hätten, vielmehr die Mandate von Jahr zu Jahr verlängert worden seien, sei nunmehr am 9. Februar eine Erneuerung unseres von 18 auf 30 Sitze vermehrten Stadtverordnetenkollegiums eingetreten. Von den Mitgliedern des alten Kollegiums seien 7 nicht zurückgekehrt, 9 seien wieder- und 11 neugewählt worden. Da liege es ihm zunächst am Herzen, den nicht wiedergewählten Herren für ihre recht mühsame, [illegible] und zeitraubende Tätigkeit den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Hätten sie doch durch ihre Arbeit am Wohle der Stadt mitgearbeitet. Sodann heiße er die wieder- und neugewählten Herren namens des Rates herzlich willkommen zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Stadt. Er hoffe und wünsche, daß ihre Arbeit allezeit getragen sein möge von dem aufrichtigen Streben, der Stadt Bestes nach Kräften zu fördern. Er hoffe und wünsche auch, daß die gemeinsam geleistete Arbeit des Erfolges nicht entbehren möge und allen zu rechter Befriedigung gereiche. Mit diesem Wunsche weise er sie in ihr Amt ein.

Der Krieg sei zu Ende gegangen, anders als wir alle es gewünscht hätten. Reich, Staat und Gemeinde befänden sich in schwerster Not und es gälte das Schlimmste, einen völligen Zusammenbruch, zu verhüten und die entstandenen Schäden wieder gut zu machen. Daß dies wie in Reich und Staat auch in der Gemeinde schwerer Arbeit bedürfe, brauche er nicht besonders hervorzuheben. Aber wir wollten, wenn auch zu rosigem Optimismus nicht der geringste Anlaß vorhanden sei, doch auch nicht kleinmütig und verzagt sein, sondern mutig an die Aufgaben herantreten. Wenn er einige Worte über die kommenden Aufgaben sagen dürfe, so möchte er folgendes hervorheben: Wir seien die ganze Kriegszeit hindurch in der Lage gewesen, uns guter Finanzen zu erfreuen und wir müßten bemüht sein, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Deshalb habe man es für ein Gebot der Klugheit und Vorsicht erachtet, den Haushaltplan für 1919 so zu gestalten und aufzustellen, daß etwaige Stöße auf denselben, aus welcher Richtung sie auch kommen möchten, abgewehrt werden könnten. Eine Steuererhöhung sei unvermeidlich gewesen. Da zu befürchten stehe, daß Reich und Staat künftig in vermehrtem Maße auf die Steuerquellen zugreifen würden, die den Gemeinden zu Gebote stehen, würden wir uns im laufenden Jahre mit der Aufsuchung neuer Steuerquellen zu beschäftigen haben. Was für Steuern neben einer Eintrittskartensteuer noch weiter in Betracht kommen würden, darüber wolle er heute nichts sagen. Gegenstand der Fürsorge werde auch das Wohnungswesen sein müssen. Es bestehe noch eine erhebliche Wohnungsnot, deren Beseitigung große Schwierigkeiten begegne. Für uns in Riesa liege noch eine besondere Schwierigkeit insofern vor, als wir vollständig im Unsicheren seien, in welchem Umfange unsere Garnison bestehen bleiben werde und in welchem Umfange Gebäude, die der Garnison gedient haben, für Wohnungszwecke freigemacht werden könnten. Diese Ungewißheit sei für uns ganz besonders hemmend, wenn es gelte, Beschlußfassungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu treffen. Wenn Kasernen frei würden, würden auch sonst in der Stadt noch Wohnungen frei werden. Aber es handle sich bei uns nicht nur um die Beseitigung des Wohnungsmangels, sondern auch um die Ausschaltung der ungesunden und schlechten Wohnungen. Wir würden auf eine Wohnungsordnung zukommen müssen, die die schlechten und ungesunden Wohnungen zu beseitigen suche. Dadurch würden wir den natürlichen Nährboden für die Tuberkulose beseitigen. Der von den städtischen Kollegien bereits im Jahre 1918 beschlossene Wohnungsnachweis werde in nächster Zeit in Betrieb gesetzt und einigermaßen zur Milderung der Wohnungsnot und anderer Mißstände beitragen können. Sehr eingehend würden wir uns auch mit dem Ausbau der Wohlfahrtspflege zu beschäftigen haben, so mit der Säuglings- und Kleinkinderpflege, der Ziehkinderpflege, der Krüppelhilfe und der Bekämpfung der Schwindsucht. Die Zusammenfassung aller dieser Gebiete in einem Wohlfahrtsamt werde sich empfehlen und ein Pflegeramt werde sich notwendig machen. Die Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichts werde sich nicht länger aufschieben lassen. Freilich brauchten wir zu allen diesen Einrichtungen auch die erforderlichen Geschäftsräume. Deshalb, und weil die anderen städtischen Geschäftsstellen in einer Weise untergebracht seien, die völlig ungenügend sei, müßten wir in nächster Zeit für weitere Gestellung von Geschäftsräumen Sorge tragen. Auf dem Gebiet des Volksschulwesens würden wir uns schon in nächster Zeit mit dem Uebergang zur Einheitsschule zu beschäftigen haben. Da ein Volksschulgesetz in Aussicht stehe und auch über das Mädchenbildungswesen eine Vorlage zu erwarten sei, werde man mit dem Einreihen des Bestehenden vorsichtig sein müssen. Deshalb brauche nichts aufrecht erhalten zu werden, was nach Standesschule aussehe, aber Härten dürften wir nicht zutage treten lassen. Sobald Zeit sei, würden wir an der Fortsetzung des Bebauungsplanes arbeiten. Auch die Aufstellung eines neuen Allgemeinen Ortsgesetzes und anderer Gesetzesarbeiten harrten unser. An Arbeiten auf dem Gebiete des Bauwesens erwähne er die grundhafte Instandsetzung unserer Straßen und Plätze, ferner die Errichtung einer Jahnabrücke im Zuge des Leinpfades und die Errichtung einer neuen Leichenhalle. Das letztgenannte Bauvorhaben sei allerdings durch die Frage der Trennung von Kirche und Staat wieder komplizierter geworden. Hinzu komme noch die Verbreiterung der Großenhainer Straße an der Stelle, wo sie noch des Fußweges entbehre, ebenso die Verbreiterung der Kaiser Franz Joseph-Straße von der Chemnitzer Straße bis zum „Sächsischen Hof". Unser Wasserwerk werde durch die neuen Brunnen eine wesentliche Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit erhalten, der Schlachthof eine neue Gleisanlage bekommen.

Es stehe uns also reiche Arbeit bevor. Um diese erfolgreich durchführen zu können, sei gutes Zusammenarbeiten des Kollegiums unter sich und der beiden städtischen Kollegien erforderlich. Der Wahlkampf sei scharf gewesen, aber nachdem die Entscheidung gefallen, bitte er, im gegenseitigen Zusammenarbeiten sich die Hand zu reichen und unbekümmert um der Parteien Gunst und Ungunst zu sachlicher Arbeit sich zusammenzuschließen, hierbei das Wohl der Stadt als Richtschnur nehmend. Die Beziehungen der beiden städtischen Kollegien seien immer gute gewesen. Diesen Zustand aufrecht zu erhalten, möge ein jeder das Seine beitragen. Nur dann könne die gemeinsame Arbeit zu gedeihlicher Entwickelung der Stadt führen. Der Rat werde hierzu das Seine beitragen und auch das Kollegium möge von diesem Geiste beseelt sein.

Eins sei vor allem nötig, um die gemeinsame Tätigkeit erfolgreich gestalten zu können, das sei die Herstellung des Friedens, eines Friedens, der uns nicht erdrossele, sondern uns die Wiederherstellung unseres Vaterlandes ermögliche. Redner schloß mit dem Wunsche, daß uns die Segnungen eines erträglichen Friedens recht bald beschieden sein möchten.

Hierauf teilte er mit, daß das Kollegium nunmehr die Wahl eines Stadtverordneten-Vorstehers vorzunehmen habe. Die Leitung der Wahl stehe geschäftsordnungsmäßig dem bisherigen Vorsitzenden zu.

Wahl des 1. Vorstehers.

Herr Stadtv. Romberg als Vorsteher des alten Kollegiums übernahm hierauf den Vorsitz. Herr Stadtv. Scherffig bat um Aushändigung einer Geschäftsordnung an die Stadtverordneten, ebenso um Aushändigung der wichtigsten Ortsgesetze und der Revidierten Städteordnung. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei. Die Geschäftsordnung werde den Stadtverordneten zugestellt werden, ebenso die Ortsgesetze, soweit noch gedruckte Exemplare vorhanden seien. Auch die Ueberlassung der Revidierten Städteordnung werde sich ermöglichen lassen. Herr Vorst. Romberg bat sodann um Vorschläge für die Wahl des ersten Vorstehers. Herr Stadtv. Scherffig schlug Herrn Stadtv. Schönfuß, Herr Stadtv. Bernh. Müller Herrn Vorst. Romberg vor. Die Abstimmung ergab 10 Stimmen für Schönfuß, 9 Stimmen für Romberg und 1 Stimme für Geißler. Da somit kein Kandidat die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatte, machte sich ein zweiter Wahlgang erforderlich. Es entfielen hierbei auf Herrn Romberg 10 und auf Herrn Schönfuß 10 Stimmen. Nach der Geschäftsordnung hatte nun noch ein dritter Wahlgang stattzufinden. Da im Kollegium eine gegenteilige Ansicht laut wurde, begründete Herr Bürgermeister diese Vorschrift und empfahl, den dritten Wahlgang noch vorzunehmen. Auch Herr Stadtv. Scherffig sprach sich für den dritten Wahlgang aus und bemerkte, daß seine Freunde auf ihrem Vorschlag beharren müßten. Ihre Liste habe bei der Stadtverordnetenwahl die meisten Stimmen erhalten und mit Einschluß der unabhängigen Stimmen ergebe sich gegenüber der bürgerlichen Liste eine Mehrheit von über 800 Stimmen. Schon aus diesem Grunde stünden seine Freunde auf dem Standpunkt, daß sie berechtigt seien, den 1. Vorsitzenden zu stellen. Herr Stadtv. Keher bemerkte hierauf, daß seine Freunde das Recht des älteren Kollegiums für sich in Anspruch nehmen könnten. Der dritte Wahlgang könne ja durch Zuruf vorgenommen werden. Gegen die Wahl durch Zuruf erhob Herr Stadtv. Scherffig Einspruch, sodaß noch ein dritter Wahlgang durch Stimmzettel erfolgen mußte. Das Ergebnis war wieder je 10 Stimmen für Romberg und Schönfuß. Nunmehr hatte nach der Geschäftsordnung Vertagung der Wahl einzutreten. Die Geschäftsordnung schreibt ferner vor, daß innerhalb acht Tagen eine neue Wahl stattzufinden hat, ergibt auch sie Stimmengleichheit, so hat das Los zu entscheiden. Herr Stadtv. Mende bittet, die Wahl noch im Laufe dieser Woche vorzunehmen, damit das Kollegium nicht in seinen Arbeiten aufgehalten werde. Die Vorschrift der Geschäftsordnung lasse dies zu. Herr Stadtv. Schönfuß bittet, die achttägige Frist einzuhalten, Herr Stadtv. Tröger stimmt Herrn Stadtv. Mende zu. Herr Stadtv. Scherffig erklärt, daß das Kollegium gar keinen Beschluß fassen könne, da sich wieder Stimmengleichheit ergeben werde und noch kein Vorsitzender vorhanden sei, der den Ausschlag gebe. Seine Freunde seien in dieser Woche bereits anderweit in Anspruch genommen. Er bitte daher ebenfalls, die Wahl bis über acht Tage auszusetzen. Herr Vorst. Romberg erklärt, die Wünsche berücksichtigen zu wollen und bittet, ihm die Anberaumung der neuen Sitzung zu überlassen. Herr Stadtv. Keher schlägt nun noch die Wahl einer viergliedrigen Kommission vor, welche Vorschläge für die Besetzung der Ausschüsse machen soll. Herr Stadtv. Scherffig stimmt diesem Vorschlage zu und es werden die Herren Stadtv. Mende, Keher, Richter und Günther in die Kommission gewählt.

Da die Wahl des 1. Vorsitzenden ergebnislos verlief, wurde auch die Wahl des 2. Vorsitzenden und der Ausschüsse ausgesetzt.

Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. Februar 1919.

—* **Lebensmittelverteilung.** Vom 21. dieses Monats ab kommen laut Bekanntmachung in vorliegender Nummer auf Abschnitt 61 der grünen und roten Nährmittelkarte I Kindergerstenmehl, auf Abschnitt 61 der grauen und gelben Nährmittelkarte I Gerstenmehl, sowie auf Abschnitt 56 der gelben Warenbezugskarte III Marmelade zur Verteilung.

—* **Das Dresdner Künstlertheater** (ehem. Theater der Feldgrauen) bringt morgen abend im Hotel zum Stern das Volksstück „Bachstelzchen" von Eduard v. d. Becke, Musik von Max Bertuch, zur Aufführung. Die früheren Vorstellungen des Ensembles hatten sich immer der Gunst des Publikums zu erfreuen.

—†† **Theater.** Der gestrigen Wiederholung der Operette „Das Schwarzwaldmädel" durch die Berliner Operettengesellschaft Franz-Schleichardt war abermals ein voller Erfolg beschieden. Der Höpfnersche Saal war bis auf den letzten Platz ausverkauft. Die Leistungen des Ensembles dürften allenthalben befriedigt haben. Reicher anhaltender Beifall veranlaßte die Darsteller, sich dem Publikum durch Wiederholung einiger Tänze und Lieder erkenntlich zu zeigen.

—* **Grundgesetz für den Freistaat Sachsen.** Die Sächsische Staatszeitung enthält in ihrer heutigen Ausgabe den Wortlaut des Entwurfs eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen. Der Entwurf gliedert sich in drei Abschnitte. Die Paragraphen 1—10 handeln von der Volkskammer; in den Paragraphen 11—16 sind die Befugnisse des Staatspräsidenten festgelegt; die Paragraphen 17—21 betreffen das Gesamtministerium. — In der Sächsischen Staatszeitung werden von dem Ministerium des Innern, dem Justizministerium und dem Ministerium für Militärwesen Ausführungsbestimmungen zur Reichsverordnung über Waffenbesitz veröffentlicht. — Das Arbeitsministerium erläßt in der Sächsischen Staatszeitung eine Verordnung über die Vornahme der Wahlen zu den Angestelltenausschüssen und den Arbeiterausschüssen (Bergwerksräten) in den sächsischen Bergbezirken.

—* **Gegen Schleichhandel und Hamsterer!** Der A.- und S.-Rat Riesa ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: Alle seitens der Behörden und insbesondere seitens der A.- und S.-Räte getroffenen Maßnahmen gegen Schleichhandel und Hamsterer können nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn nicht die breite Oeffentlichkeit auch ihrerseits durch Benachrichtigung der zuständigen Stellen von ihr bekannten Schleichhändlern oder Hamsternestern, nach Möglichkeit zu deren Bekämpfung mit beiträgt. Der Schleichhändler besonders wird allen Anordnungen und angedrohten Strafen zum Hohn, noch immer Mittel und Wege finden, seine verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen. Erfreulicherweise geben uns die immer zahlreicher einlaufenden Anzeigen dieser Art den Beweis, daß sich auch tatsächlich Verständnis dafür in der Oeffentlichkeit bemerkbar macht. Mit der Häufung dieser Anzeigen fällt aber auch eine zunehmende Unverläßlichkeit derselben auf. Mit einer Falschmeldung aber, oder mit Meldungen ohne genügende Unterlagen und tatsächlichen Beweisen wird den zuständigen Stellen ihr Vorgehen gegen den Schleichhandel nur erschwert. Es ist ohne weiteres klar ersichtlich, daß, wenn infolge Häufung dieser Fälle, jede Meldung erst geprüft werden müßte, der Erfolg des ganzen Kampfes fragwürdig sein muß. Uebrigens wird durch die ganz diskrete Behandlung dieser Sachen anonymes Schreiben zwecklos und kann die Namensnennung des Einsenders nur dazu beitragen, etwa erwünschte Auskünfte zu erhalten. Im Interesse der erfolgreichen Bekämpfung des Schleichhandels und der Hamsterei ist es also notwendig, daß Anzeigen, so erwünscht dieselben an sich sind, sich auch wirklich und in jedem Falle nur auf Tatsachen stützen müssen, und nur Beachtung finden können, wenn der Anzeiger mit seinem Namen unterschreibt.

—MM. **Kartoffelversorgung.** In der Presse ist die Berechtigung der Kommunalverbände zur Abforderung von 50 Pfund der auf Abschnitt 8 der Landeskartoffelkarte bezogenen Kartoffeln verschiedentlich angezweifelt worden. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach §§ 1 und 2 der Reichsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 — R.-G.-Bl. S. 738 — die Kommunalverbände die für die Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Kartoffeln zu beschaffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln haben. Nach § 16 derselben Verordnung erlassen die Landesbehörden die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Auf Grund dieser Vorschrift ist die Bekanntmachung vom 7. September 1918 — 1910 V. L. A IV —, abgedruckt in der „Sächsischen Staatszeitung" Nr. 210 vom 9. September 1918, ergangen, in der unter Ziffer 2 die Bestimmungen über die Landeskartoffelkarte unter Zugrundelegung eines Wochenkopfsatzes von 7 Pfund enthalten sind. Nachdem nunmehr von reichswegen die Wochenkopfmenge an Kartoffeln für die versorgungsberechtigte Bevölkerung allgemein auf 5 Pfund herabgesetzt worden ist und infolgedessen kein Versorgungsberechtigter auf mehr als 5 Pfund Kartoffeln wöchentlich Anspruch hat, andererseits aber alle Verbraucher diese 5 Pfund beanspruchen können, ergab sich die Notwendigkeit, auch die Kartoffelmenge für die auf Landeskartoffelkarte eingedeckten Personen herabzusetzen und den Ueberschuß im Interesse der nicht eingedeckten Verbraucher abzufordern. Diese Anordnung ist also eine Ausführungsbestimmung im Sinne der erwähnten Reichsverordnung vom 18. Juli 1918 und daher rechtsgültig.

—HD. **Zulassung aktiver Offiziere zur Handelshochschule.** Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium hat genehmigt, daß zu dem am 3. Februar dieses Jahres an der Handelshochschule Leipzig begonnenen Zwischensemester auch ausnahmsweise aktive Offiziere Aufnahme finden können, die nicht im Besitze des Reifezeugnisses einer neunklassigen Schule sind.

—MJ. **Weibliche Kräfte**, die im höheren Dienste für Kriegszwecke tätig waren und durch die Demobilmachung frei geworden sind (Schwestern, Helferinnen der Krankenpflege und Massage, Röntgenassistentinnen, Laborantinnen, Apothekergehilfinnen, Wirtschaftsdamen, Leiterinnen, Helferinnen in Soldatenheimen od. Verpflegsstationen, Fürsorgerinnen bei Kreisverwaltungen, Mitarbeiterinnen an Bildungszentralen im besetzten Gebiete) wenden sich, wenn sie einer Berufsfürsorge bedürfen, in Leipzig an die dortige Hochschule für Frauen, Königstraße 20, part., und in Dresden an die Geschäftsstelle der sozialen Frauenkurse von Dr. Lotte Schurig, Waisenhausstraße 22, 1. Etg. Diesen Stellen sind vom Landesausschuß für Kriegshilfe Mittel überwiesen worden zur Gewährung von Unterstützungen in solchen Fällen, in denen die Fürsorgebedürftigen für ihr Fortkommen, ihre Unterkunft, ihre Ausbildung und Erholung sofortiger von anderer Seite nicht bereitstehender Hilfe bedürfen.

—* **Aus dem Bornaer Kohlenrevier.** Von zuständiger Seite wird uns folgendes berichtet: Der Arbeitsminister Schwarz war vergangene Woche bereits im Bornaer Kohlenrevier. Der beabsichtigte Besuch der übrigen sächsischen Kohlenreviere mußte wegen Verhinderung des Ministers vorläufig unterbleiben. Die sächsische Regierung hat sich mit den verschiedenen Stellen im Bornaer Revier in Verbindung gesetzt, und in den nächsten Tagen soll zwischen den Beteiligten und der sächsischen Regierung eine Besprechung stattfinden. Bei der bedrohlichen Lage wird sich das Gesamtministerium mit der Angelegenheit beschäftigen. Denn unser Hausbrand in Briketten wird in der Hauptsache vom Bornaer Revier versorgt. An den Verhandlungen werden beteiligt sein: das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, die Werkbesitzer, die Arbeiterkommissionen und der A.- und S.-Rat von Borna. — Eine andere Meldung besagt: Die Gefahr eines Streiks im Bornaer Kohlenrevier gilt als vorläufig beseitigt. Die Volksbeauftragten Schwarz und Heldt haben am Montag mit anderen Vertretern der Regierung im Revier geweilt und mit dem A.- und S.-Rat und den Arbeitern Verhandlungen gepflogen, die zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis geführt haben.

X **Dresden.** Die Vereidigung der Sicherheitstruppen beginnt Mittwoch, nachmittags 2 Uhr im Schloßhofe. Volksbeauftragter Neuring als Minister für Militärwesen wird die Truppen auf die neue Eidesformel verpflichten, die folgenden Wortlaut hat: Ich schwöre nach reiflicher Ueberlegung, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur Sicherheitstruppe der gegenwärtigen und jeder durch die Volkskammer des Freistaates Sachsen bestätigten Regierung unbedingten Gehorsam leisten, Ruhe und Ordnung in ihrem Dienste aufrechterhalten, Untreue und Nachteil von ihr abwenden, sowie alle im Dienstvertrage eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen will.

Dresden. Im ehemaligen Traindepot haben in den Jahren 1915 bis 1917 Durchstechereien stattgefunden, mit denen sich das hiesige Landgericht zu beschäftigen hat. Insbesondere waren verschiedene Militärpersonen bestochen worden, die bereits vom Militärgericht verurteilt worden sind. Angeklagt waren der Kaufmann Karl Hentschel und der Handlungsgehilfe Richard Böhme. Der Hauptangeklagte Otto Hentschel ist geistig erkrankt, weshalb das Verfahren gegen ihn vorläufig wieder eingestellt worden ist. Otto Hentschel hatte durch den früheren Vorstand des Traindepots 12, Hauptmann Jachmann, größere Militärlieferungen überwiesen erhalten, wofür er ihm Zuwendungen, u. a. auch einen Betrag von über 1000 ℳ machte. Außerdem wurden Unregelmäßigkeiten bei der Lieferung festgestellt, z. B. wurden Bestellzettel nicht ausgefüllt und die Waren teilweise von der Lieferung bezahlt. Ebenso wurden sie mehrfach zu teuer berechnet. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage andauern.

Bautzen. Hier wurden zwei Dresdner Schleichhändlerinnen angehalten, die 17 Pfund Kalbfleisch, 8½ Pfund Schinken, 6 Pfund Speck, 41 Stück Butter, 32 Pfund Weizenmehl, 3 Brote und 273 Eier aufgekauft hatten. Die Waren wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden in Bischofswerda zwei Schleichhändler betroffen, die 42 Stück Butter und 115 Eier aufgekauft hatten und nach Dresden ausführen wollten. Auch diese Waren konnten ihnen abgenommen werden.

X **Hohenstein-Ernstthal.** Französische und englische Offiziere, die z. Zt. sächsische Städte bereisen, bestellten bei dieser Gelegenheit bei Baumschulenbesitzern auf deutsche Rechnung Obstbäume für das Sommegebiet, da die von den deutschen Truppen bei der Ausführung der militärisch notwendigen Zerstörungsarbeiten s. Zt. mit vernichteten Obstanlagen deutscherseits wiederhergestellt werden müssen. So bestellten die Offiziere bei dem hiesigen Baumschulenbesitzer Reef für das Frühjahr 1500 Obstbäume. Sachsen und Thüringen sollen insgesamt 35 000 Bäume liefern.

Zwickau. Beim Spielen auf dem Eise der Mulde an der Reinsdorfer Straße brachen am Sonnabend vier Knaben ein, von denen sich drei retten konnten, während der vierte, Bergarbeitersohn Georg Richtmann, ertrank.

Plauen. Bei der Ausschreibung der Erd-, Fels- und Schleusenarbeiten, Stützmauern usw. für den zweiten Teil unseres Hauptbahnhofsumbaues sind 24 Angebote eingegangen. Die billigste Firma, die sich stark verrechnet haben muß, forderte nur 380 880 ℳ, die teuerste 1 072 684.50 ℳ. Der Preisunterschied ist erstaunlich.

Das provisorische Grundgesetz des Freistaates Sachsen.

Der am 25. Februar 1919 zusammentretenden Volkskammer soll, wie dem Rat der Volksbeauftragten und dem Ministerium des Innern mitgeteilt wird, folgender im Gesamtministerium beschlossener Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen vorgelegt werden:

I. Die Volkskammer.

§ 1. Die auf Grund des Landeswahlgesetzes vom 27. Dezember 1918 einberufene Volkskammer hat vorbehaltlich der Volksabstimmung nach § 15 die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Durchführung der Gesetze. Sie gibt sich ihre Geschäftsordnung.

§ 2. 1. Die Wahlen der Abgeordneten werden durch einen von der Volkskammer eingesetzten Ausschuß geprüft. 2. Jeder Wahlberechtigte kann gegen die Gültigkeit der Wahlen binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Volkskammer schriftlich Einspruch erheben. Der Widerspruch ist zu begründen. 3. Das Ergebnis der Wahlprüfung ist der Volkskammer zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 3. Die Vorschriften der bisherigen Verfassung über die persönliche Unverletzlichkeit der Abgeordneten sind entsprechend anzuwenden.

§ 4. Gesetzentwürfe werden vom Gesamtministerium bei der Volkskammer eingebracht oder von der Volkskammer dem Gesamtministerium überwiesen. Den ihm überwiesenen Entwurf hat das Gesamtministerium zu prüfen und abgeändert oder unverändert der Volkskammer zur endgültigen Beschlußfassung wieder vorzulegen.

§ 5. Gesetze kommen durch einfachen Mehrheitsbeschluß der Volkskammer bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten zustande.

§ 6. 1. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen in einem allgemeinen Staatshaushaltsplan oder, soweit für ein Unternehmen des Staates ein getrennter Haushalt geführt wird, in einem besonderen Haushaltplan festgestellt werden. Die Feststellung geschieht auf ein Jahr durch Gesetz. Nach Ablauf des Jahres bleibt das Gesamtministerium bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Feststellung des allgemeinen oder besonderen Staatshaushaltsplanes ermächtigt, die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen, die Verwaltung fortzuführen und zu diesem Zwecke die notwendigen Ausgaben zu leisten, die bisherigen Steuern und Abgaben weiter zu erheben, sowie Schatzanweisungen auszugeben. 2. Der Staatshaushaltsplan und der Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens für die Jahre 1918 bis 1919 bleiben gültig. Wesentliche Abweichungen sind der Volkskammer vorzulegen und unterstehen ihrer Bewilligung.

§ 7. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Abgeordneten sind Untersuchungsausschüsse aus der Mitte der Volkskammer einzusetzen, in denen die Parteien vertreten sein müssen, denen die Antragsteller angehören.

§ 8. 1. Jeder Minister und jeder der Volkskammer als Regierungsvertreter benannte Beamte ist ermächtigt, an den Beratungen der Volkskammer und ihrer Ausschüsse teilzunehmen. 2. Die Minister sind auf Verlangen der Volkskammer oder eines Ausschusses verpflichtet, zu erscheinen oder Auskunft zu erteilen. 3. Die Minister und die Regierungsvertreter müssen gehört werden, so oft sie es verlangen.

§ 9. 1. Die Volkskammer vertagt sich nach eigenem Beschluß. 2. Der Staatspräsident beruft auf Vorschlag des Gesamtministeriums die Volkskammer wieder ein. Er muß sie wieder einberufen, wenn es von mindestens einem Drittel der Abgeordneten schriftlich beantragt wird.

§ 10. Der Staatspräsident löst die Volkskammer auf, wenn sie es bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Zahl ihrer Mitglieder durch Mehrheitsbeschluß verlangt, sonst spätestens mit Ablauf des Jahres 1920.

II. Der Staatspräsident.

§ 11. 1. Die Volkskammer wählt mit absoluter Stimmenmehrheit einen Staatspräsidenten. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des auf Grund der künftigen Verfassung gewählten Präsidenten. 2. Für den Fall der Behinderung wird der Staatspräsident durch den Ministerpräsidenten vertreten.

§ 12. 1. Der Staatspräsident vertritt den Staat nach außen. Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Volkskammer. 2. Er ernennt den Ministerpräsidenten und auf seinen Vorschlag die erforderliche Zahl von Ministern. 3. Er ernennt und entläßt die Beamten. Er kann diese Befugnis auf einzelne Minister und ihm unterstellte Behörden übertragen. 4. Er hat in strafrechtlichen Fällen das Recht der Niederschlagung, sowie der Verwandlung, Milderung oder des Erlasses der Strafe. Er kann die Ausübung dieses Rechts auf einzelne Minister übertragen. Soweit bisher einzelne Minister zur Niederschlagung, sowie zur Verwandlung, Milderung oder zum Erlaß von Strafen ermächtigt waren, bleibt es bei dieser Ermächtigung.

§ 13. Der Staatspräsident hat die von der Volkskammer oder durch Volksabstimmung beschlossenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Gesetz- und Verordnungsblatt zu verkünden.

§ 14. Alle im Namen des Freistaates Sachsen ergehenden Anordnungen und Verfügungen des Staatspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten oder eines Ministers, der dadurch die Verantwortung übernimmt.

§ 15. 1. Der Staatspräsident hat das Recht, über Gesetze, die von der Volkskammer beschlossen sind, binnen eines Monats die Volksabstimmung anzuordnen. Die Abstimmung ist binnen zwei Monaten nach der Anordnung vorzunehmen. Sie kann nur auf Ja oder Nein lauten. 2. Entscheidet die Volksabstimmung gegen die Volkskammer, so ist diese vom Staatspräsidenten aufzulösen. Sie muß binnen drei Monaten neu gewählt werden und wieder zusammentreten.

§ 16. Die Volkskammer kann bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Zahl ihrer Mitglieder mit Zweidrittel-Mehrheit beantragen, daß der Staatspräsident vor Ablauf der Zeit, für die er gewählt ist, abgesetzt werde. Der Antrag ist binnen zwei Monaten zur Volksabstimmung zu bringen.

III. Das Gesamtministerium.

§ 17. Jedes Mitglied des Gesamtministeriums bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der Volkskammer.

§ 18. 1. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz im Gesamtministerium und ernennt für den Fall der Behinderung seinen Stellvertreter. 2. Das Gesamtministerium beschließt über die Verteilung der Geschäfte.

§ 19. 1. Der Ministerpräsident ist für die Politik des Gesamtministeriums, jeder Minister für die Leitung seines Geschäftszweiges der Volkskammer verantwortlich. 2. Die Volkskammer kann durch ausdrücklichen Beschluß die Entlassung des Ministerpräsidenten oder einzelner Minister fordern. Der Antrag auf Entlassung ist auf die nächste Tagesordnung zu setzen. 3. Jeder Minister ist berechtigt, jederzeit seine Entlassung zu fordern. 4. Der Staatspräsident hat dem Antrag auf Entlassung stattzugeben. 5. Wird der Ministerpräsident entlassen, so ist das Gesamtministerium neu zu bilden.

§ 20. 1. Die zuständigen Minister führen die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer aus. 2. Sie erlassen die Ausführungsverordnung und die Verwaltungsanordnungen, zu deren Erlaß sie besonders ermächtigt sind. 3. Soweit nicht die Zuständigkeit einzelner Minister gegeben ist, ist das Gesamtministerium zuständig.

§ 21. Die Bezüge der Minister werden durch besonderes Gesetz geregelt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. Februar 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Zu dem Generalstreikstreik im Ruhrgebiet wird dem „Lokalanzeiger" gemeldet: Die Mehrheitssozialisten und Christliche Gewerkschaften werden sich mit aller Schärfe gegen den ihnen aufgedrängten Generalstreik und fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der „Morgenpost" zufolge nahm die Zahl der feiernden Arbeiter in den letzten 24 Stunden ganz bedeutend zu. Gestern morgen ruhte die Arbeit auf nicht weniger als 68 Schachtanlagen. Der „Vorwärts" schreibt: Die neuaufflammende Bewegung ist unzweifelhaft politischer Natur. Im Hintergrunde arbeiten Spartakisten und Unabhängige. Die Haupttreiber scheinen es geradezu auf die Belegung des ganzen Industriegebietes abgesehen zu haben. Die großen Gefahren, die für unser Wirtschaftsleben durch diese erzwungenen Streiks erwachsen, haben die Regierung veranlaßt, Truppen zusammenzuziehen, um den Fortgang der Betriebe im Kohlenrevier zu schützen.

Der Nationalversammlung dürfte in den nächsten Tagen der Antrag zugehen, daß sich die Reichsregierung sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs wegen Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, traf in Weimar Graf Brockdorff ein. Er sei als Berater der Reichsleitung in Fragen des Waffenstillstandes und des vorläufigen Friedens, besonders soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, berufen worden.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Magdeburg: Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit wurde beschlossen, den Ausbau des Ihlekanals sofort in Angriff zu nehmen.

Gestern früh besetzte in Gotha eine Abteilung des Weimarer Landwehrkorps die Post, den Bahnhof und das Residenzschloß, den Sitz der aus Unabhängigen bestehenden Regierung. In der vorübergend besetzten Gothaer Waggonfabrik wurde ein Arbeiter erschossen und einer verwundet. Bei der Post wurden mehrere Soldaten der bisherigen Garnison entwaffnet. Der Grund der Maßnahme ist anscheinend die Weigerung des Gothaer Regiments, in seine Versetzung nach Koburg zu willigen. In den Fabriken und Elektrizitätswerken wird gestreikt. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Lugano: Das im Palazzo Caffarelli enthaltene deutsche Reichseigentum wurde nach der Villa Malta übergeführt.

In den Streikbewegungen im Ruhr-Gebiet.

* Mülheim. Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, sind die hiesigen Thyssenschen Zechen im Verlaufe des gestrigen Vormittags von Regierungstruppen besetzt worden. Es soll sich dabei ein Zwischenfall ereignet haben, bei dem ein Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie getötet worden sein soll. Der Vorfall wird so dargestellt, als hätte der Mehrheitssozialist einen Revolver gezogen, worauf von den Regierungstruppen gefeuert wurde und er erschossen worden sei. Mehrere andere Personen sind angeblich bei dieser Schießerei verwundet worden.

X Elberfeld. Die Eisenbahndirektion wurde von den Spartakisten gestürmt und besetzt.

* Mülheim. Die Spartakisten verkündeten in öffentlichen Versammlungen, daß sie den Streik durchzwingen würden, bis die Regierung die Truppen zurückzöge. Wenn die Lebensmittel durch die Unterbindung des Eisenbahnverkehrs knapp würden, würden die Streikleitungen die Privatvorräte beschlagnahmen, um vor allen Dingen den Kämpfenden Proviant zuzuführen. Wer jedoch beim Plündern gefaßt würde, würde erschossen. Man beabsichtigte, den Generalstreik vom Rheinland aus bis in das Herz Deutschlands zu tragen und den Schlußkampf zwischen Arbeitern und Kapital endgültig auszufechten. In Hamborn wurde ein Auto, das mit Waffen beladen war und vermutlich den Regierungstruppen gehörte, von den Regierungstruppen beschlagnahmt. Sämtliche auf Urlaub befindliche Militärpersonen wurden verhaftet. Die Bahnstrecken, von denen aus die Regierungstruppen erwartet werden, wurden stillgelegt.

Erneuter Ausbruch des Streiks in Oberschlesien.

Hindenburg. Die oberschlesischen Kokereien in Porembа und Sarlepp und im Gotthardtsschacht sind in den Streik getreten und haben neue Lohnforderungen eingereicht. Es ist zu erwarten, daß heute auch die gesamten Kokereien des Hindenburger Reviers in den Ausstand treten. Wie der Telegrafen-Union aus Arbeitgeberkreisen mitgeteilt wird, sind die Lohnforderungen der Arbeiter so hoch, daß mit einer Einigung kaum zu rechnen ist.

Aufforderung des Düsseldorfer Arbeiterrates zum allgemeinen Streik.

* Düsseldorf. Der Vollzugsrat des Düsseldorfer Arbeiter- und Soldatenrates fordert, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, die Arbeiterschaft des Düsseldorfer Gebietes zum allgemeinen Streik auf. Dieser bezieht sich aber nicht auf die Straßenbahn und die Wasser- und Lichtwerke. Die Mehrzahl der großen Betriebe ist bereits von der Volkswehr besetzt worden.

Einstellung der Feindseligkeiten in Posen.

X Berlin. (Amtlich.) Nach dem am 16. Februar in Trier neuerdings verlängerten Waffenstillstandsabkommen sind die Feindseligkeiten mit dem 17. Februar vormittags eingestellt. Wo unsere Truppen noch vor der Demarkationslinie stehen, bleibt ihre Aufstellung zunächst noch unverändert. Der genaue Verlauf der Demarkationslinie wird durch eine interalliierte Kommission festgesetzt werden.

Beschlagnahme deutscher Dampfer.

* Kiel. Der Hamburger Dampfer „Elbe", mit Salz nach Memel bestimmt, und der Kieler Schlepper „Berger I" sind von einem französischen Zerstörer in der Ostsee gekapert worden. Wegen der Beschlagnahme des „Berger I" hat das Stationskommando Einspruch erhoben, weil der Schlepper sich auf einer Demobilmachungszwecken dienenden Fahrt befand.

Beschlagnahme des deutschen Besitzes in China.

* Amsterdam. Die „Times" meldet aus Schanghai, daß der gesamte deutsche Besitz in China beschlagnahmt worden ist.

Die Steuergesetze.

Weimar. Reichsfinanzminister Schiffer teilte mit, daß demnächst der deutschen Nationalversammlung ein Notetat zugehen wird. Ferner sollen auch die sämtlichen Steuergesetze in der Nationalversammlung vorgelegt werden, um so rasch wie möglich aus der fortwährenden Kreditwirtschaft herauszukommen. Die vom alten Reichstag in den letzten Jahren verabschiedeten Kriegssteuergesetze haben verhältnismäßig nur sehr geringe Erträge gebracht.

Einstellung der Steuerzahlung.

* Gelsenkirchen. In einer Versammlung der Mehrheitssozialisten wurde nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Rauscherberg einstimmig beschlossen, keine Steuern mehr zu bezahlen, bis der hiesige unabhängige A- und S.-Rat zurückgetreten sei.

Wilsons Nachgiebigkeit gegenüber den französischen Ansprüchen.

* Genf. Präsident Wilson wird, wie französische Zeitungen melden, in Boston landen und dort seine erste Rede über den Friedenskongreß halten. Er beabsichtigt, vor dem Kongreß den Entwurf des Völkerbundes in allen Einzelheiten zu erläutern. In Frankreich scheint man zu befürchten, daß Wilsons Nachgiebigkeit gegenüber französischen Ansprüchen in Nordamerika kritisiert wird, denn der „Figaro" und „Journal de Debats" beklagen sich lebhaft über die Haltung der amerikanischen Presse und deren Korrespondenten. In den Neuyorker Zeitungen wird offen gegen die Obstruktion der Franzosen gegen die Wilsonsche Friedenspolitik protestiert und versichert, daß die Amerikaner sogar daran denken, die Friedensverhandlungen nach einem neutralen Ort zu verlegen, damit sie nicht der Stimmungsmache der französischen Blätter ausgesetzt sind.

Eine rein sozialistische Regierung in Braunschweig.

Braunschweig. Die mehrtägigen Verhandlungen der beiden sozialistischen Landtagsfraktionen haben dazu geführt, daß eine rein sozialistische Regierung gebildet wird. Sämtliche Volkskommissare und Präsident Merges legten ihre Aemter nieder. Ferner werden vom 1. April ab die A- und S.-Räte aufgehoben, nur die Arbeiterräte sollen durch Neuwahlen auf breiterer Grundlage weiter bestehen bleiben.

Die Schiffsverluste der Entente.

Genf. Der „Matin" veröffentlicht die amtliche Verlustliste der französischen Kriegsmarine mit vier Panzerschiffen, vier Panzerkreuzern, einem Tauchbootkreuzer, vierzehn Torpedobooten, acht Torpedojägern, vierzehn Tauchbooten, fünf Hilfskreuzern, vier Kanonenbooten, drei Tauchbootjägern und 66 Bewachungsschiffe, zusammen 110 000 Tonnen. England verlor 550 000, Italien 78 000 und Amerika 17 500 Tonnen.

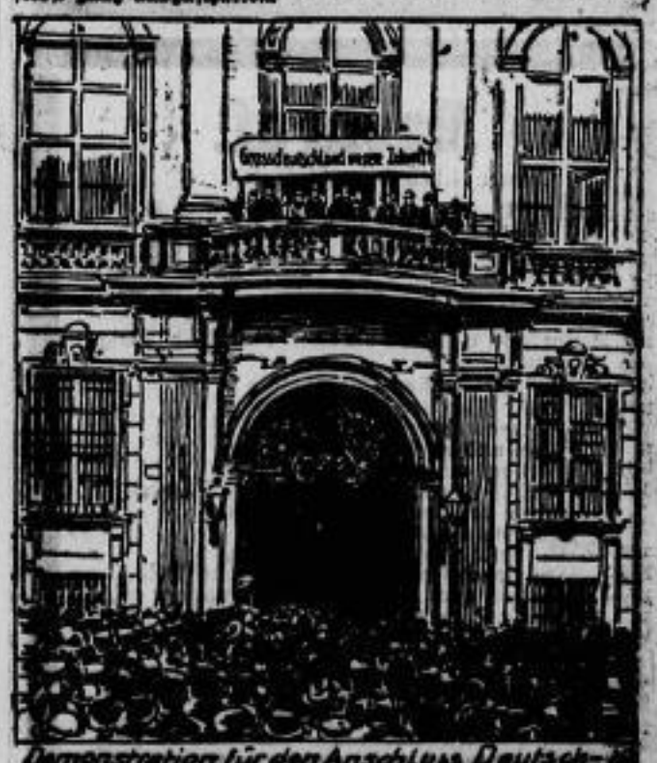
Vermischtes.

Der Doppelmord bei Zossen. Auf der Chaussee von Zossen nach Dergischow wurden der Förster Heinz und der Gutsbesitzer Käthe von Wilderern erschossen. Der Gendarmerie gelang es noch in dieser Nacht die Täter zu ermitteln. In unmittelbarer Nähe des Tatortes wurde ein junger Mann, der ein Infanteriegewehr bei sich führte, verhaftet. Bei seiner Vernehmung gestand der Verhaftete, daß er mit seinem Vater, dem Arbeiter Helmut Trebut aus Lichterfelde-Ost, gewildert habe. Als beide von dem Förster und dem Gutsbesitzer überrascht wurden, habe der Vater beide niedergeschossen. Trebut konnte bisher noch nicht festgenommen werden.

Rauchen als Verbrechen. In den Vereinigten Staaten ist ein leidenschaftlicher „Kreuzzug gegen das Rauchen" eröffnet worden, der von der weit verbreiteten Antialkoholbewegung unterstützt wird. Der neugegründete „Antitabakbund der Amerikaner" hat in Neuyork sein Hauptquartier errichtet und verlangt, daß das Rauchen für ein Verbrechen erklärt und allgemein verboten wird. Einer der Führer dieses Antinikotin-Feldzuges, Prof. Roman von der Universität in Syrabuse, erklärte einem Vertreter der Evening World: „Die Hauptaufgabe der neuen Liga wird darin bestehen, in der Verfassung ein Verbot gegen den Genuß von Tabak durchzusetzen. Wir erhalten täglich Hunderte von Briefen von Anhängern, die sich an unserm Kreuzzug gegen den Tabak beteiligen wollen. Unsere Gegner hielten zunächst den Kampf gegen das Rauchen für einen phantastischen Traum, aber nun sind sie erwacht und begreifen, daß wir es ernst meinen. Wir werden mit der größten Entschlossenheit kämpfen, denn die durch den Tabak hervorgerufenen Schäden sind größer als die, die der Alkohol verursacht.

Der Sieg der Reichsidee in Oesterreich.

Letzten Sonntag hat nun auch das Volk Deutschösterreichs sein Volksparlament gewählt, das — ebenso wie unsere Nationalversammlung — Träger der Souveränität sein und die Entscheidung über die staatsrechtliche Zukunft des deutschen Teiles der alten Habsburgermonarchie fällen wird. Das gleiche Schicksal im Kriege hat eine im wesentlichen gleiche Zusammensetzung der Volksvertretung gebracht: Die Sozialdemokratie ist im Reiche und in Deutschösterreich die weitaus stärkste Partei geworden, hat aber in beiden Ländern doch keine Majorität zu erzielen vermocht. Auch in Oesterreich wird eine Koalitionsregierung geschaffen werden müssen, an der die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen (entsprechend unserer „Christlichen Volkspartei") teilnehmen dürften. Die bürgerliche Demokratie hat in Oesterreich wenig geschickt manövriert und eine völlige Niederlage erlitten. Da die Wahlen in Oesterreich fast eine Volksabstimmung über die Frage: „Für oder gegen Großdeutschland!" darstellten, hat die konsequent unitaristische Sozialdemokratie sich auf Kosten der bürgerlichen Parteien um mehr als 200 Prozent gegen früher verstärken können. Die früher stärkste Partei der Christlich-Sozialen hat in ihren Reihen zahlreiche Anhänger der österreichisch-slavischen Konföderation und hat damit zwei schwere Nachteile erkaufen müssen: Unpopularität bei den großdeutsch gesinnten Massen und Unmöglichkeit, mit anderen bürgerlichen Parteien vorteilhafte Listenverbindungen einzugehen. Es scheint ein Zeichen für die in Oesterreich im Vergleich zu uns so viel größere Panik nach dem Zusammenbruch zu sein, daß das Bürgertum in zahlreiche alleinstehende Gruppen zersplitten war, die den Weg zu einem auch nur taktischen Zusammenschluß nicht finden konnten. Die Christlich-Sozialen werden, soweit sie jetzt noch dem großdeutschen Gedanken widerstreben sollten, gewiß mit der Sozialdemokratie beim Anschluß an das Reich zusammenarbeiten, um wenigstens ihre hauptsächlichsten wirtschafts- und kulturpolitischen Wünsche sicherzustellen und sich nicht selbst ganz auszuschalten.



Demonstration für den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland vor dem Staatsamt des Äußeren am Ballplatz in Wien

Oeffentlicher

Lichtbilder-Vortrag

am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr im Saal der Elsterrasse. Thema:

Der Antichrist ist gekommen.

Weltgeschichte im Lichte der Bibel, somit das Aufkommen der antichristlichen Macht. Daniel 7, 24. 25.
Zugleich ein Zukunftsbild im Lichte der Bibel mit schlagenden Beweisen an Hand der Weltgeschichte. Offenb. 1, 3. 2. Petri 1, 19—21.
Vernünftig denkende Männer und Frauen jeden Standes sind hierzu freundlichst eingeladen. 1. Thessal. 5, 21.
Redner: Lehrer Hennig, Dresden.

Jagdgenossenschaft Kobeln.

Sonnabend, den 8. 3. 19, abends 7 Uhr, im Gasthof Kobeln Beschlußfassung über Ausübung der Jagd, evt. Neu-Verpachtung. Richtigstellung der Bedingungen, Anträge.
Kobeln, d. 19. 2. 19.
Der Jagdvorstand: Weymann.

Unsere geehrten Mitglieder werden hiermit zu der

10. ordentl. Generalversammlung

für Sonntag, den 23. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zum Schiffchen" zu Strehla a. Elbe eingeladen.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Vorlage und Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz.
3. Entlastung des Vorstandes von der Geschäftsführung.
4. Verteilung des Reingewinnes.
5. Wahlen.
6. Festsetzung des Höchstbetrages für Anleihen.
7. Erhöhung des Kredits.
8. Revisionsbericht.
9. Erledigung etwaiger Anträge, die bis zum 16. Februar schriftlich beim Vorsitzenden des Vorstandes einzureichen sind.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zum 16. Februar während der Geschäftsstunden im Kontor aus.

Bezugs- und Absatzgenossenschaft Strehla a. Elbe.
H. von Unern. H. Heyde.

Martin Richter und Frau
geb. Richter

danken herzl. allen für die ihnen an ihrer Hochzeit überreichten Geschenke und Gratulationen.
Röderau, am 16. 2. 19.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Ehrungen und Geschenke

danken herzlichst.

Besonderen Dank der Jugend zu Zschepa für ihre Aufmerksamkeit und Schmückung des Hauses und der Kirche.
Zschepa, den 17. Februar 1919.
Alwin Wagner und Frau
Helene geb. Richter.

Nach längerem Krankenlager entschlief unerwartet der bei uns beschäftigte erste Zählerrevisor Herr

Wilhelm Bochmann.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen fleißigen und geschätzten Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Elektrizitätsverband Gröba.

Nachruf.

Unserer lieben Jugendfreundin

Frieda Nikol
aus Seerhausen

rufen wir ein „Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.

In der schönsten Jugendblüte
Raffte Dich der Tod dahin,
Liebevoll war Dein Gemüte,
Treu und edel stets Dein Sinn,
Mit der wärmsten Freundesliebe
Nahmst Du teil an Freud' und Schmerz,
Drum empfand die schwere, trübe
Todesnachricht jedes Herz. —
So schlafe sanft in kühler Erde,
In treuer Freundschaft denkt man Dein.
Und ob auch Jahre kommen, Jahre gehen,
Von uns vergessen wirst Du niemals sein.

In Liebe gewidmet von Deinen
Jugendfreundinnen u. -Freunden
zu Seerhausen.

Mark: 15 000 000.—
5% Handdarlehen der Stadt Magdeburg
mit späterem Umtausch in
4½% Magdeburger Stadt-Anleihe von 1919.

Das unterzeichnete Konsortium hat 15 Millionen 4½%ige Anleihe der Stadt Magdeburg übernommen, die hierdurch zu **98.60** % zum Verkauf gebracht werden. Bis zur Genehmigung der Regierung erhalten die Zeichner eine **5%ige Verzinsung.** Anmeldungen werden

in Riesa a. E. bei Riesaer Bank Akt.-Ges. zu Riesa

kostenfrei entgegengenommen, woselbst auch die ausführlichen Anmeldungseinladungen, auf die wir hiermit ausdrücklich verweisen, erhältlich sind.

Magdeburg, Dresden, Frankfurt a/M., Berlin, im Februar 1919.

Friedrich Albert; Zentralstelle des Sparkassen-Giroverbandes Sachsen-Thüringen-A.; Gebr. Arnhold; J. Dreyfus & Co.; C. H. Kretzschmar.

Gebr. Holzbildhauer-Werkzeug zu kaufen gesucht. Offerten unter A O 1536 an das Tageblatt Riesa.

Ein Damenplüschhut fast neu, umständehalber billig zu verkaufen. Zu erf. Bismarckstr. 10, 3.

Passend für Brautleute! Eine fast noch neue **Wohnzimmer-Einrichtung** an Privathand sof. zu verk. Anfragen unter C O 1538 an das Tageblatt Riesa.

Wegzugshalber
1 Reithose, 1 feldgrauer Eigentumsrock, 1 feldgrauer Eigentumsmantel, 1 feldgraue Mütze, 1 Paar Wickelgamaschen, 1 Paar Nappahandschuhe, 1 Photokamera, 4,5×6 cm, mit Zubehör, Romanbücher, Oel- und Aquarellfarben in Tuben usw. zu verkaufen Neuweida, Riesaerstr. 21, 1.

Guterhaltene **Militärhose** zu kaufen gesucht. Offerten unter Z O 1550 an das Tageblatt Riesa erb.

---

1 Paar gebrauchte **Militär-Langstiefel** zu verkaufen Gröba, Riesaerstr. 14, 3.

Gebr. Faulenzer zu kaufen gesucht. Offerten unter Y O 1549 an das Tageblatt Riesa.

Eine noch sehr gut erhalt. **Kücheneinrichtung,** sowie ein neues Grammophon mit 7 Platten preisw. zu verk. Bismarckstr. 30, pt.

Zu verkaufen
2 Sofas, Bettstelle mit Matratze, 2 Waschtische, 1 Regulator, Stühle, Bilder, Waschgeschirr, Wasserflaschen, Tischlampen u. versch. mehr Poppitzerstr. 27, 1.

Eine Reisebadewanne aus Gummi mit Futteral und ein Säbelfutteral aus Kalbleder billig zu verk. Bismarckstr. 30, pt.

Ein Brothobel zum Drehen zu kaufen gesucht. Offerten unter P O 1540 an das Tageblatt Riesa.

Kasten-Wagen, 25 Ztr. Tragkraft, verkauft Klose, Neuweida.

Gebrauchte **Dezimalwage,** ca. 3 Zentner Tragfähigkeit, zu kaufen gesucht. Richard Liebscher, Elbstr. 2.

Gebrauchte, noch guterh. **Hobelbank** zu kaufen gesucht. Offerten unter T O 1544 an das Tageblatt Riesa.

Gebr. Piano zu kaufen gesucht. W. Off. m. Preis u. N O 1543 an das Tageblatt Riesa erb.

Gebr. Kommode zu kaufen gesucht. Angeb. unter Q O 1539 an das Tageblatt Riesa erb.

Vereinsnachrichten

Sächs. Militärverein Gröba. Montag, den 24. Februar, abends ½8 Uhr im „Anker" Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahlen, 4. Anträge. Kalenderverkauf. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Turnverein Gröba. Freitag, den 21. 2., abends 8 Uhr im „Anker" Versammlung. Da wichtige Angelegenheiten, ist Aller Erscheinen erwünscht.
Radf.-V. „Wanderlust". Freitag abend ½8 Uhr Versammlung im Vereinslokal „Goldene Krone". Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Männergesangverein Gröba.
Generalversammlung

Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr im Vereinslokal.
Tagesordnung:
Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Freie Anträge.
Anträge sind spätestens 7 Tage vor der Tagung der Generalversammlung schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Riedel, Vorsitzender.
Die Zusammenkunft der aktiven Sänger findet nicht Montag, sondern Dienstag ½8 Uhr im Vereinslokal statt.

Parkettböden fertig verlegt **Parkettwachs** empfiehlt **Gustav Colditz jun.,** Parkettfabrik, Auerbach i. V.

Bruchleidende!

Gürtelbruchband „Extrabequem" ohne jede Feder mit hebender Pelotte v. Bruchb.-Spez. L. Beglich, Stuttgart. Seit 1894 in ganz Deutschland glänzend eingeführt und durch zahlreiche Dankschreiben als hervorragend bequem und sich. anerkannt. Weitgehendsten Ansprüchen genügend. Vertreter f. Mitteldeutschland seit 1897: Harzer Sanitäts- und Bandagenhaus
Friedr. Rasche, Ballenstedt am Harz.
Dr. Stephans Krampfadergamasche.
Nabelbruchleibbinde. — Geradehalter-Corsets.
Am Sonntag, 23. Febr., 11—2 Uhr, mit Mustern in Oschatz, Hotel Bürgerhof, z. Annahme v. Bestellungen.

Freitag, den 21. 2.
vormittags 9 Uhr

werden in Riesa, Pionierkaserne, Eingang an der Wache
ca. 80 Sielengeschirre aus Gurt und Leder, 10 Spitzkumte, 10 Offiziersättel ohne Zubehör, 100 Trage-, Sprenggurte u. Schwanzriemen, 130 Deckengurte, 200 Halftern, 160 Kreuzleinen, 100 Pferdedecken (Stücken), 2 Regendecken, einige Wagenplanen und 2 zweirädrige Handwagen
öffentlich versteigert.

Garnison-Kommando Riesa.

Holz-Verkauf!

Sonnabend, den 22. Februar 1919, 10 Uhr vorm. gelangt auf dem Pionier-Übungsplatz (Tr.-Ueb.-Platz Zeithain, am Gohlis-Jakobsthaler Wege) eingebautes bezw. freistehendes Nutz- und Brennholz zum Verkauf, und zwar:
etwa 850 qm Bretter 24 mm st., versch. Längen
" 40 " " 35 " " "
" 86 " Bohlen 100 " " "
etwa 775 lfm Rundholz 6—23 cm Mittenst., versch. Längen
" 500 Stück Pfähle 6 cm " " "
Der Geldbetrag ist sofort in bar zu erlegen.
2. Pionier-Bataillon Nr. 22, Riesa.

Roßschlächterei Riesa, Schützenstr. 19.
Roßfleischverkauf morgen Donnerstag früh v. 9—10 Uhr auf die grüne Ausweiskarte Nr. 456—587.
Otto Gundermann, Roßschlächter. Fernspr. 278.

Größeres modernes

Fabrikanwesen,

welches sich besonders für Textil-Industrie eignet, zu

kaufen gesucht.

Bedingung wäre, daß die Möglichkeit direkter Elbe-Verladung gegeben und außerdem Bahnanschluß vorhanden oder die Anlegung leicht möglich ist.
Gefl. Ang. u. G. 666 an Haasenstein & Vogler, Dresden, erbeten.

Achtung! Schlachtpferde!

suche jederzeit zu kaufen. Bei Notschlachten schnellst. zur Stelle. Bequ. Transporte.
Albert Rohlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.

Vertikos, Kleiderschränke, Sophas, Stühle, Tische, Vorsaalgarderoben, Kinderbettstellen, Spiegel u. d. g. m. preiswert zu verkaufen.
Oskar Reiße, Riesa, Bruchgasse 4.

Gaszuglampe (Messing) zu verkaufen Georgplatz 7.

---

1 weiteres Paar braune Off.-Gamaschen, 1 Dauerbrenner und Ofen zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Achtung.

Ein Paar **Offiziers-Reithosen** und dergl. **Mantel** und **Gamaschen** sucht zu kaufen **Hirsch-Wegewitz,** Gröba, Kirchstr. 14.

Einen Nußbaumklotz, 160 Ztm. lang und 50 Ztm. Durchmesser, und einen Erlenklotz, 130 Ztm. lang und 45 Ztm. Durchmesser, gibt ab Gloswitz Nr. 20.

Jauche wird abgefahren Mühlkirchstein Nr. 16.

Gänsefedern m. Daunen, la Rupf od. fein geschlissene, versendet F. Rückert, Gänsemastanstalt, Ostrau Sa.

Nähmaschinen aller Systeme **repariert sachgemäß** Schlosser, Hauptstr. 60.

Zuckerrüben in **Wagenladung** zu kaufen gesucht. Offerte mit Preis erbittet R. Knapp, Chemnitz, Oststraße 189.

Gelbe Kohlrüben, rote Möhren, gute Ware, **Zwiebeln ohne Marken** verkauft **Hermann Schmidt,** Gröba, Georgplatz 3.

Für die wohltuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Hellmuth

sagen wir allen nur auf diesem Wege herzlichsten Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte am Grabe.
Riesa, Poppitzerstr. 25.
Familie Adolf Löder zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

№ 41. Mittwoch, 19. Februar 1919, abends. 72. Jahrg.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnete die gestrige Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Protesttelegramme gegen die Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen. Ein Telegramm eines Berliner Herrn wendet sich mit scharfen Worten gegen den Vergnügungspöbel und fordert die Einführung von Landestrauer und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Vögler (Deutsche Vp.) begründet die Interpellation Heinze über den Waffenstillstand. Mit grausamer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie, des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen doch vielleicht nur gestellt worden sind, um uns erst zum Waffenstillstand zu bringen und dann zu vergewaltigen. Redner wirft Erzberger vor, daß er die Verhandlungen über die Ablieferung des Eisenbahnmaterials und der landwirtschaftlichen Maschinen geführt habe, ohne daß bei den Verhandlungen in Spa, Trier und Luxemburg Sachverständige der Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert sind, zugezogen wurden. Von Anfang an hat der Verein deutscher Stahlindustrieller immer wieder und dringend um Zulassung von Sachverständigen gebeten. Woher nimmt Herr Erzberger das Recht, allein über so wichtige Fragen unseres Volkes zu entscheiden. Unsere Unterhändler haben, wie die Hamburger Reeder sich ausdrückten, in leichtfertiger Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. Wer gab Herrn Erzberger das Recht, trotz des schärfsten Protestes von Sachverständigen das Schiffahrtsabkommen zu unterzeichnen? Die neuen Abmachungen, die vielleicht angenommen werden mußten, sind das Schlußglied in der Kette, die der Reichsminister in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk würgen wird. (Rufe im Zentrum: Unerhört!) Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks, sondern in erster Linie davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. Wir haben nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den Frieden. Gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erheben wir schwere Vorwürfe. (Die nächsten Ausführungen gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums, aus dessen Reihen so tagesetzt gerufen wird: Unerhört. Unerhört. Schluß. Schluß. Heinze ruft: Das ist im neuen Deutschland die Redefreiheit, worauf sich die Sturmszenen wiederholen.)

Nach minutenlangem Lärm erklärt Präsident Fehrenbach, daß die persönlichen Angriffe des Gegners den Entrüstungssturm entfesselt haben und bittet das Haus, die übrigen Ausführungen ruhig anzuhören.

Vögler fährt fort: Wie ist es möglich, daß dem deutschen Volke, das einen Wilsonfrieden erwartete, jetzt ein solcher Waffenstillstand auferlegt wird. Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen wollen, dann müssen zu den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige hinzugezogen werden.

Minister Erzberger führt aus: Die Rede des Interpellanten hätte sich an Marschall Foch richten müssen. Die Begründung erfolgte mit einer Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit, wie ich sie bisher nicht kennen gelernt habe. Anklagen schwerster Art wurden auf völliger Unkenntnis und einer unerhörten Verschiebung der wirklichen Vorgänge aufgebauscht. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang des Vaterlandes herbeigeführt hat, ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Versöhnung eingetreten ist. (Stürm. Zustimmung b. d. Mehrh.). Der Vorredner wagt den dreisten Satz, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze amtliche Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen trägt die Reichsleitung. Für alle Verträge aber trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Sachverständige sind in allen für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Fragen gehört worden. Ueber das Schiffahrtsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Schiffahrtskreisen stattgefunden. Die gegenteilige Behauptung ist eine unerhörte Anmaßung. Eine Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt wird nicht beabsichtigt. Jeder Minister ist der Nationalversammlung verantwortlich, und daher kann nicht ein Minister einem anderen verantwortlich sein. Lesen Sie die Verfassung durch, ehe sie solche überflüssigen Anfragen stellen. Ob durch solche Reden die Stellung der deutschen Unterhändler erleichtert wird, stelle ich Ihrem Urteil anheim. Erzberger wendet sich gegen das Ammenmärchen, daß bei den ersten Verhandlungen der deutschen Waffenstillstanskommission die Entente für einen entschädigungslosen Frieden bereit gewesen sei, daß aber bei Ausbruch der Revolution Foch erklärt habe, dieses neue Faktum ändere die ganze Lage. Erzberger erklärte das für Dichtung. Daß der Ausbruch der Revolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hatte ist ganz unbegründet. Es sind uns sofort die schwersten Bedingungen des Waffenstillstandes bekanntgegeben worden. Erst am Sonntag, den 10. November, abends 8 Uhr erreichte mich der Funkspruch der Obersten Heeresleitung, der in neun Punkten um Milderungen ersuchte, aber den ausdrücklichen, allein bisher noch nicht veröffentlichten Satz enthielt: „Gelingt die Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen“. Herr Dr. Vögler stellt sich anscheinend auf den bequemen Standpunkt: Kritisieren ist leicht, Bessermachen ist schwer. Ich wäre ihm wirklich dankbar, wenn er im Interesse des deutschen Volkes auch nur einen einzigen positiven Vorschlag gemacht hätte. Die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen läßt sich übrigens wenigstens durchsetzen, ohne daß irgendeinem deutschen Bauer nur eine einzige Maschine weggenommen werden muß. Für die Verhandlungen war auch Herr Stinnes entsandt worden. Ich habe seine Abberufung durchgesetzt und ich vertrete sie, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen ist und der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gebracht hat. Der Verein der deutschen Stahlindustriellen hat darauf erklärt: Wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, entsendet der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. (Bewegung und Zurufe.) Unter solchem Terrorismus suchen Sie (zu Dr. Vögler gewendet) die Regierung zu beugen, aber ich kann Ihnen sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei. (Stürmischer Beifall).

Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen einmal unsere Arbeiter das Ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reiche zur Verfügung stellen, und zwar in einem solchen Umfange, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. Nur eine kurze Frist ist uns noch gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicherzustellen. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, muß sich die Regierung vorbehalten, **Zwangsmaßregeln** zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß er sein Privatkapital nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. Wir haben gegenüber dem Drängen der Alliierten erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auszulaufen braucht, als bis Uebereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfrage herbeigeführt wird. Wenn diese Uebereinstimmung aber nicht bald, vielleicht in 24 Tagen erzielt wird, dann laufen wir die große Gefahr, **keine Lebensmittel zu erhalten und die Flotte schließlich doch los zu werden.** Der Abg. Vögler hat in seiner Rede immer noch die nicht ganz unwichtige Tatsache vergessen, daß wir den Krieg verloren haben. Sonst hätte er eine solche Rede nicht halten können. Vom deutschen Volke hängt es ab, ob es wieder aufwärts gehen soll. Ich habe das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich wieder aufrichten wird. Ich glaube an unser Volk, wie an seine Zukunft. (Lebh. Beifall b. d. Mehrh. Zischen rechts.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Soweit die Interpellation die vermehrte Zuziehung von Sachverständigen fordert, unterstützen wir sie. Aber das Reichsministerium muß bei ihrer Wahl äußerst vorsichtig vorgehen. Wir haben die schwersten Waffenstillstandsbedingungen auf uns nehmen müssen, weil wir eben dem Diktat des Siegers unterliegen. Wir müssen in allen Worten und Taten der Welt zeigen, daß man es mit einem ganz neuen Deutschland zu tun hat. Wenn uns der versprochene Rechtsfriede nicht gewährt und der Gewaltfriede aufgezwungen wird, so handelt es sich dabei nicht um Deutschland allein, es handelt sich um den Untergang der ganzen europäischen Kultur.

Abg. Gröber (Zentrum): Von den Behauptungen des Interpellanten ist so gut wie nichts übriggeblieben. Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und mit so riesigem Fleiße für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Das Vaterland ruft uns alle in tiefster Not zur Einigkeit. Wir im Zentrum sind bereit, diese Einigkeit zu wahren, und deshalb weisen wir den Angriff auf Erzberger als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurück.

Abg. Haußmann (Demokrat): Wir verstehen es, daß der Außenminister dreimal sich besonnen hat, ehe er die neuen Zumutungen hinnahm. Aber die Verantwortung für die Ablehnung wäre noch größer gewesen. Die Interpellanten haben auch das Abkommen nicht angegriffen, sondern den Unterhändler, der es abgeschlossen hat, d. h. **unserem Unterhändler in den Rücken fallen**, wo alles darauf ankommen muß, seine Stellung zu stärken. Der Angriff der Rechten ist völlig zusammengebrochen. Unser Volk will keine Streitigkeiten im Innern. Unser wehrloses und leidendes Volk fragt uns vielmehr, weshalb es weiter hungern und frieren muß, nachdem es die Waffen niedergelegt hat. Wir haben ein Recht und einen Anspruch auf Frieden. Wir wollen auch besiegt stolz sein, Deutsche zu sein. Und dieser Stolz muß uns durch alle Leiden führen und emporführen. (Beifall bei der Mehrh.)

Abg. v. Gräfe (Deutschnat.): Graf Posadowsky hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung „Waffenstillstand“ geradezu ein Hohn ist für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung. Bedauerlich ist es, daß der Vertreter der Regierung gestern die Waffenstillstandsbedingungen in einem Tone vortrug, in dem nichts zu merken war von dem Zorne, der das ganze Volk durchzittert. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für das neue Abkommen ab. Ministerpräsident Scheidemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir Nein sagen müßten. Worauf wartet man noch? (Zurufe: Was dann?)

Die letzte Rede Wilsons zeigt bereits unglaubliche Abänderungen seines Programmes. Es ist die zwölfte Stunde, wollen wir nicht ehrlos zugrunde gehen.

Ministerpräsident Scheidemann: Daß ich gesagt haben soll, es möge der Augenblick kommen, wo wir „Nein“ sagen müßten, mag sein. Es entspricht ganz meiner Auffassung. Aber es entspricht ihr auch ebenso vollkommen, daß wir in diesen Tagen für die Bedingungen, so schwer sie waren, und so schwer es unseren Unterhändlern angekommen sein muß, sie zu unterzeichnen, die Verantwortung für ein Nein nicht übernehmen konnten. (Lebh. Zustimmung b. d. Mehrheit.) Das Kriegsende ist gekommen mit einem fatalen Zusammenbruch unseres vier Jahre lang in ärgster Weise mißhandelten armen Volkes. Diesen Zusammenbruch hat das Volk erleben müssen, dank der unverantwortlichen Kriegspolitik des Herrn von Graefe und seiner Freunde. (Zustimmung.) Als die Revolution am 9. November ausbrach, war das ganze deutsche Volk durch den unglückseligen Krieg vollkommen zermürbt. An dem Ausbruch des Krieges und seiner Fortsetzung tragen Sie das gerüttelte Maß der Schuld daran. (Große Unruhe rechts.) Es ist so weit gekommen, daß wir dank der Politik der drei, Schwerindustrie, Alldeutsche und Ludendorff, zusammenbrechen mußten. Sie tragen ein gerütteltes Maß von Schuld daran, das wiederhole ich. (Zuruf des Abg. Graefe: Sie saßen in der Regierung, nicht ich!) Ich erfülle nur eine Pflicht der Loyalität, wenn ich feststelle, daß Sie der Politik des Prinzen Max von Baden unrecht tun, wenn Sie ihn nur im geringsten in Anspruch nehmen wollen. Er gehörte schon vor dem Kriege zu der kleinen Gruppe hochstehender Diplomaten, die für einen Verständigungsfrieden waren. Auch bei Kriegsende hat er keine Rolle gespielt, die ihm nicht zur Ehre gereichte. Es tut mir leid, daß auch ich in dieser Stunde

Versunkene Welten.

Ein Roman von der Insel Sylt von Anny Wothe

Nachdruck verboten.

Das Meer lag grau schimmernd im fahlen Licht. Hoch oben auf den Lister Dünen stand ein Mann und blickte aufwärts in der Wolken Spiel. Er stand lange und unbeweglich. Sein dunkler Mantel flatterte im Wind, und der schwarze Südwester beschattete tief sein gebräuntes Antlitz. Die dunkeln Augen hingen sinnend bald an den brausenden Wogen, bald an den gespenstig drohenden Wolkenzügen.

Ueber die weiten, unendlichen Wassertiefen zog ein Schiff. Schwarz schienen die Segel. Eilig der Flug. Und dunkler ballten sich die Wolkenberge. Das graue Licht zerfloß. Fahle Blitze zuckten über das Meer, das jetzt tiefschwarz und dumpf grollend seinen gähnenden Rachen auftat, als wollte es die Welt verschlingen.

Der Mann auf den Dünen lachte trotzig auf. Sein Lachen verklang im Sturmgebraus.

Drohend stand ein Wetter darüber. Dumpf grollend rollte der Donner und immer tiefer senkte sich die Nacht auf das Meer. Und wieder nahmen die Wellen das wilde Lachen des Mannes auf und trugen es weit mit sich fort in das Reich der Unendlichkeit. Und plötzlich klang das gleiche Lachen dem einsamen Manne zur Seite.

Erschreckt sah er sich um. Da ragte neben ihm eine hohe eckige Frauengestalt empor. Wirr hing ihr das graue Haar um das braune Gesicht. In den schwarzen Augen zuckten flammende Lichter.

Der Wind zauste an dem fadenscheinigen, dünnen Rock, der sich um die kräftigen nackten Füße des Weibes bauschte. Den Oberkörper umschloß eine ehemals weiß gewesene Bosuntje, ein grober, leinener Ueberwurf, eine Art Oberhemd, wie ihn früher fast alle Sylterinnen trugen. Darüber hatte die Frau eine alte Matrosenjacke angezogen. Sie nahm die schmierige Tonpfeife, aus der sie trotz des starken Windes rauchte, zwischen den großen, weißen Zähnen hervor, und sagte grinsend:

„Heiha, mein Söhnchen! Was lachst du? Maiken Taken lacht auch. Kennst du Maiken Taken nicht mehr, Ditlef Stöven?“

„Geh' aus dem Weg, Weib, ich kenne dich nicht!“

„Hihi“, machte die Alte, und stülpte sich eine zerknitterte Schiffermütze, die ihr der Sturm entführen wollte, auf das graue Haar.

„Der Jung kennt Maiken Taken nicht mehr. Komm, mein Söhning, ich will dich führen. Ueber die Dünen weg, durch endlosen Sand, weit über die Heide und ödes Land zum Wattenstrand.“

„Ich finde selbst meinen Weg! Zurück!“ wehrte der Mann ab und seine Stimme klang hart durch das Sturmgebraus. Maiken Taken kicherte geheimnisvoll.

„Ich sehe ein Friesenhaus, ein langgestrecktes. Dürftig ist sein Strohdach. Das Lehrerhaus ist es, Ditlef Stöven. Da willst du heute nacht ruhen, da willst du schlafen, aber das Tor ist verbaut und verloren die Braut.“

Mit eiserner Faust umschloß der Mann das knöcherne Handgelenk des braunen Weibes.

„Wenn dir dein Leben lieb ist, Weib, sprich: Was ist's mit Merret Bootje?“

Die Alte befreite mit einem einzigen Ruck ihre braune Hand aus der knorrigen Männerfaust. Dann wiegte sie sich lachend im Winde.

„Schön, Merret hat goldenes Haar“, sang sie mit krächzender Stimme vor sich hin. Und ehe Ditlef Stöven es sich versah, hatte sie sich platt auf den Boden gesetzt und war den weißen, wie Silber schimmernden Sand lachend hinabgerutscht.

„Ich gehe nach List,
Damit ihr es wißt,
Mit dem goldenen Tor
Und des Königs Hain,
In Bootjes Hause
Kehre ich ein,“

sang sie kreischend. Dann eilte sie wild jauchzend, mit flatterndem Haar, in die Nacht hinein.

Der Mann auf der Düne stieß einen leisen Schrei des Entsetzens aus, als das grauhaarige Weib, das so geheimnisvoll ihm Kunde gab aus vergangenen Tagen, seinen Blicken entschwand.

Bis zu den Knien versank er oft in dem weißen Sande. Es war ihm, als wanke der Boden, als öffne sich, während der Donner grollte, stöhnend die Erde, als müßte er zusammensinken und der weiße Dünensand sich über ihn legen, lautlos, schattenhaft, erstickend.

Und er war doch einst als Knabe so oft diesen Weg gegangen. Von List über die Dünen zum Meer und wieder zurück zum blauen Watt mit dem Königshafen. Kannte er den Weg nicht mehr, den Weg zur Heimat? War wirklich „das Tor verbaut“, wie das alte Weib gehöhnt?

Ditlef Stöven kämpfte mit verzweifelter Kraft gegen Sturm und Sand. Das Weib, das graue Weib, das ihm von Merret gesprochen, mußte er finden!

Der Sturm raste, und das aufgeregte, schäumende Meer mit seinen sich immer höher bäumenden Wogenkämmen und dann wieder wasserfallartig tief niederstürzenden Branden bot ein Bild schauriger Wildheit. Dazwischen die gespenstigen, nebelgrauen, durch den Sturm tief aufgewühlten Sandberge. Wie sie dampften und rauchten und die ganze Luft mit den feinen, spitzigen Sandkörnern erfüllten!

Ditlef Stöven schrie plötzlich laut auf. Nun, wo er sich mühsam durch die weißen Sandwolken einen Weg bahnte, fiel ihm ein, wer das seltsame Weib gewesen, das ihn vorhin so erschreckt. Die alte Sagenerzählerin von Rantum war es, die er schon als Kind gekannt, die Frau, die da drüben wohnte in einer der letzten, armseligen Hütten am Fuße der Dünen von Rantum, jener versunkenen Welt, über welche das Meer dahinbraust, und die grauen Dünen ihre Schleier werfen, immer ein Stück Land, eine Hütte nach der anderen begrabend und mit fortnehmend in das unendlich weite Reich des Vergehens.

Ditlef Stöven hatte oft furchtlos dem Tode ins Auge geschaut, nie hatte sein dunkles Auge in der höchsten Gefahr gezuckt, nie sein Herz gebebt, aber hier, diesem gleißnerischen Sandchaos gegenüber war er kleinmütig. Er hatte den Pfad verloren. Einen Augenblick dachte er daran, sich in einer Dienenhöhle niederzulassen und den Morgen zu erwarten, aber sein Herz, sein wildes, sich nach Gewißheit sehnendes Herz drängte weiter.

Und noch einmal raffte Ditlef seine ganze Kraft zusammen. Eine hohe Dünenwand hob sich vor ihm auf. Gelang es ihm, da hinauf zu kommen, so konnte er Umschau halten und den Weg erkunden, wenn diese Schauernacht überhaupt einen Ausblick gestattete.

Mühsam, jeden Schritt mit Aufbietung all' seiner Kraft erkämpfend, kam er langsam vorwärts. Der Sturm schien jetzt nachzulassen. Hier und da sah er dunkles, wild zerrissenes Wolkengewirr über seinem Haupt dahinjagen, und jetzt stand er aufatmend hoch oben auf der Düne, vor ihm lag still im Feierglanz des soeben hervorbrechenden Mondlichtes List, das kleine Heimatdorf, wie ein schlummerndes Kindlein im Sturmgebraus.

„Gerettet!“ jubelte Ditlefs Seele. Er stand lange und blickte hernieder auf das kleine Dörfchen, in dem nur hier und da matt ein Lichtlein blinkte. Im weißen Kranz der Dünen lag es wie in leuchtenden Schnee gebettet. Die Wellen des Wattenmeeres rollten noch grollend auf den weißen Dünensand, aber Ditlefs geübter Blick erspähte, daß es sich müde gekämpft, das gewaltige Meer. In der Luft lag es schon wie ein Traum.

Ditlefs schwarzer Mantel flatterte im Wind. Als wollte er die Heimat grüßen, so ließ er ihn wehen. Um-

noch nicht die ganze Wahrheit sagen darf. Ihnen gegenüber, Herr von Graefe, hätte ich es gern getan. Nur das eine will ich sagen: Fassen Sie an Ihre eigene Nase und denken Sie an Lubendorff. Glauben Sie, Sie hätten bessere Bedingungen herausgeholt? Wären Sie zu Hoch gekommen, Sie wären einfach zum Teufel gejagt worden, mit Ihnen hätte man überhaupt kein Wort gewechselt. Ihre Rolle ist ausgespielt. Daran sich zu gewöhnen, fällt Ihnen schwer. Ich verstehe das, aber geben auch Sie sich Mühe, es zu verstehen. Die Demokratie ist heute in Deutschland so fest verankert, daß Ihre Zeit endgültig vorüber ist. Die Generaldirektoren der Schwerindustrie, die Alldeutschen und ihre Politik sind in Deutschland unmöglich geworden. Das ist vielleicht das einzig Erbauliche, was uns der Krieg gebracht hat. (Beifall links.)

Reichsminister Erzberger: Herr von Graefe ist der Auffassung, durch die Waffenstillstandsabkommen hätten wir bestimmte Punkte Wilsons aufgegeben. Das ist eine Behauptung, aber kein Beweis. (Sehr richtig!) — Widerspruch und Zuruf: Polen!) Auch in dieser Frage herrscht vollkommene Uebereinstimmung, daß durch die sogenannte Demarkationslinie den Beschlüssen der Friedenskonferenz in keiner Weise vorgegriffen werden soll. Noch unerhörter ist es, wenn Herr von Graefe hier auftritt und unsere Feinde geradezu aufstachelt, uns die Handelsflotte wegzunehmen, indem er sagt, er halte das für ganz selbstverständlich. Diese Sätze werden unseren Unterhändlern als aus der Nationalversammlung stammend, entgegengehalten werden. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Stimme eines Vertreters des deutschen Volkes, sondern eine Desperadopolitik. (Beifall und Zustimmung.) Herr von Graefe meint, ich hätte das neue Abkommen nicht unterzeichnen sollen. Glauben Sie mir, ich habe mir die Frage sehr eingehend überlegt, mit allen ihren Konsequenzen, aber ich kann nur sagen, eine Politik des Würfelspiels mache ich nicht mit. (Lebhafter Beifall.) Die Härte der Bedingungen verurteile ich ebenso stark wie Sie (nach rechts), aber ich behaupte, daß über die 14 Wilsonschen Punkte damit nicht hinausgegangen worden ist. Und wenn Sie (nach rechts) etwa auf die Uneinigkeit der Gegner spekulieren, so kann ich Ihnen nur sagen, es ist mir in authentischster Weise von einem der Führer unserer Gegner mitgeteilt worden, daß die neuen Bedingungen zwar erst nach schwerwiegenden Kämpfen innerhalb der Alliierten zustande gekommen seien, daß sie aber schließlich doch die restlose Zustimmung der Amerikaner und auch des Präsidenten Wilson gefunden hätten. (Hört, hört!) Was hätten wir denn erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten? Dann hätte Clemenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Tatsache der vierzehn Punkte Wilsons mit einem Schlage beseitigt gewesen, und zwar durch unsere Schuld. Es ist eine eigenartige Situation, in die ich durch die Interpellation der Deutschen Volkspartei gedrängt worden bin. Ich muß in gewissem Sinne die Brutalität verteidigen, mit der unsere Gegner gegen uns vorgegangen sind. Das ist die große historische Schuld Ihrer Interpellation. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haase (Unabh.): Auch die Mehrheitsparteien und die Rechtssozialisten waren nicht unschuldig an der Kriegspolitik. Gegen Unterhändler aus diesen Kreisen werden die Feinde immer Mißtrauen haben. Es wird noch jetzt viel zu sehr mit dem Säbel gerasselt. (Sehr richtig! bei den Unabh.) Das Volk in seiner Masse will den Frieden. Wir sind nicht in der Lage, der alten Abenteurerpolitik eine neue Abenteurerpolitik hinzuzufügen. (Beifall b. d. Unabh.)

Abg. Dr. Stresemann (Dtsch. Vp.): Der Kern der Interpellation ist nicht: weg mit Erzberger, sondern weg mit der Souveränität des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission und seine Unterstellung unter das Auswärtige Amt. Die Zeit für die Entscheidung der Frage, wer die Schuld am Zusammenbruch trägt, ist noch nicht gekommen. Während des Krieges selbst ist in dieser Frage die Haltung fast aller Parteien des Reichstages nicht konsequent gewesen. Ich darf nur erinnern, daß kein Geringerer als Herr Erzberger den Frieden von Brest-Litowsk verteidigt hat.

Reichsminister Erzberger: Ich habe es nur getan unter der Voraussetzung, daß dabei im vollen Umfange das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt werde, und das ist leider nicht geschehen.

Reichsminister Dr. David: Das Schlimme an der heutigen Interpellation ist, daß sie von Männern ausgeht, die die Schuld an unserem ganzen Jammer trifft. Herr Stresemann gehört in erster Linie dazu. Die Alldeutschen und die Vaterlandspartei haben durch ihre Politik den Zusammenbruch herbeigeführt. Wenn draußen der Eindruck erweckt würde, daß Sie (zur Rechten) noch einen machtvollen Einfluß haben, so könnte uns das in der Völkerpsychologie außerordentlich schaden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Zur Lage.

Die Beratungen über den Waffenstillstandsvertrag in Paris. Die „Agence Havas" veröffentlicht folgenden diplomatischen Situationsbericht: Foch berichtete am Montag den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrags durch Deutschland. Nach diesen Erklärungen trug Wengand eine kleine Aenderung in der Demarkationslinie in Posen vor. Die sprachen, aber keine Stellung dazu genommen. Die Ueberwachung und der Schutz dieser Gebiete werde in Warschau durchgeführt. Da es sich nur um eine vorläufige Maßnahme handelt, würde keine feste Stellung dazu zu nehmen sein. Ferner kam die Ablieferung der Handelsschiffe, des noch ausstehenden rollenden Materials und der U-Boote zur Sprache. Auch wurde die Rückgabe der aus den besetzten Gebieten weggeführten industriellen Werte usw. besprochen. Es wurde dabei insonderheit auf Elsaß-Lothringen hingewiesen. Zum Waffenstillstandsabkommen sei noch zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handle. In den nächsten Tagen soll ein endgültiger Waffenstillstandsentwurf vorgelegt werden, der bis zum Abschluß des Vorfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 26 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bedürfen. Alles Kriegsgerät solle mit den Kriegsindustrien der Entente unterstellt werden. Der Sonderausschuß hat seine Arbeiten für diesen Antrag bereits beendet. Das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte nächstens vorgelegt werden. Es sei nötig, daß Foch in der Lage sei, die Bedingungen den Deutschen bereits am nächsten Donnerstag bekanntzugeben. Die Sitzung war durch diese Besprechungen ganz ausgefüllt, so daß die übrigen Fragen eine Verzögerung erlitten. Doch ist zur Weiterberatung noch das Untersuchungsergebnis abzuwarten.

Die Friedensbedingungen für die deutsche Flotte. Eine Reutermeldung besagt, daß die Friedensbedingungen, die die deutsche Flotte betreffen, in der Forderung nach Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal sowie nach Oeffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr gipfeln werden. Deutschland soll nur eine Flotte behalten, die für Verteidigungszwecke ausreicht.

Sonder Waffenstillstandskommission. Wie wir hören, ist an Stelle des Kapitäns Bansleben der Korvettenkapitän Hintzmann vom Reichsmarineamt zur Waffenstillstandskommission Erzberger kommandiert worden. — Wie wir zuverlässig hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem Auswärtigen Amte unterstellt werden. Jedoch hat sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff die Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. In allen entscheidenden Fragen wird natürlich die Nationalversammlung befragt werden.

Japan und China. Nach dem Echo de Paris vom 14. dieses Monats verursachen die chinesisch-japanischen Beziehungen in Washington Unruhe. Japan drängt darauf, daß China für den Fall der Rückerstattung von Tsingtau den mit Japan über die Schantungeisenbahn abgeschlossenen Vertrag ratifiziert, der ihm gewisse wirtschaftliche Vorteile in China zusichert, was die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache stellen würde. China hat dagegen die Hilfe Amerikas angerufen, um der Gefahr zu begegnen, von Japan allmählich verschluckt zu werden.

Anerkennung der A.-Räte in England. Daily Telegraf meldet, die Regierung habe dem Arbeiterrat in Birmingham bekanntgegeben, daß sie die Arbeiterräte als wirtschaftliche Organisation anerkenne und mit ihnen verhandeln wolle.

Die polnischen Wünsche auf deutsches Gebiet.

Freundl. möbl. Zimmer
sofort oder 1. 3. gesucht.
Offerten unter B O 1537 an das Tageblatt Riesa.

Schlafstelle oder möbl. Zimmer sofort gesucht.
Offerten unter R O 1542 an das Tageblatt Riesa erb.

Gut möbl. Zimmer
sofort zu vermieten.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Mädchen-Schlafstelle frei.
Parkstraße 9.

Leere Stube
sofort zu vermieten.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

5 Min. vom Bahnhof ist sehr gut möbl. **Wohn- und Schlafzimmer frei**
Neuweida, Riesaerstr. 5.

Ein gr. Laden
mit Wohnung in Gröba zu vermieten.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

5000 Mk.
auf mündelsichere Hypothek 1. April auszuleihen.
Kirche Mehlitheuer.

15—20000 Mark
auf 1. Hypothek sofort zu leihen gesucht.
Offerten unter A P 1551 an das Tageblatt Riesa erb.

6000 Mark
auf sichere 2. Hypothek sof. leihen gesucht.
Offert. unter C P 1553 an das Tageblatt Riesa erb.

Landwirt, 30 Jahr alt, von tadell. Charakter, mit einigen Tausend Mark Verm., wünscht mit wirtschaftl. Frl. in Landwirtschaft
einzuheiraten.
Junge Witwe nicht ausgeschlossen. Off. mögl. mit Bild unter A O 1548a an das Tageblatt Riesa erb.

Ernst gemeint!
2 solide anst. Frls., 24 bis 26 J., verm., wünschen Bekanntschaft zweier Herren von gutem Char., in gesetztem Alter kennen zu lernen. Witwer mit 1 Kind nicht ausgeschlossen.
Offerten mit Bild unter Q O 1541 a. d. Tagebl. Riesa.

Anständiges
Hausmädchen
f. 15. März ges. Bis 11 Uhr vorzustellen mit Buch.
Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Mädchen vom Lande sucht Stellung als
Stuben- oder Hausmädchen
auch nach auswärts.
Adr. zu erf. im Tagebl. Riesa.

Ein Mädchen von 21 J., welches in besserem Hause gewesen ist, sucht Stellung.
Offerten unter U O 1545 an das Tageblatt Riesa erb.

Mägde
zur Feldarbeit sucht, auch durch Vermittelung, per 1. März oder später
H. Liebenkind,
Rittergut Seerhausen.

Mädchen für die Vormittagsstunden als
Aufwartung
gesucht. Frau A. Liebscher, Elbstraße 2.

Aufwartung
für nachmittags od. auch einige Stunden wird gesucht.
Offerten unter V O 1546 an das Tageblatt Riesa erb.

Für ein 15 jähr. kräftiges Mädchen aus guter Familie wird Stellung als besseres
Mädchen
bei feiner Herrschaft gesucht. Evtl. auch zu Kindern. Mögl. Familienanschluß.
Gefl. Offert. unt. S O 1543 an das Tageblatt Riesa erb.

Da mein Mädchen wegen Erkrankung der Mutter nach Hause muß, suche ich zum 1. März ein älteres, zuverl.
Hausmädchen
mit etwas Kochkenntnissen. Vorzustellen mit Buch 10 bis 12 Uhr od. abends nach 6 Uhr.
Frau Dr. Grünenthal, Kais.-Wilh.-Pl. 11, 1.

Mägde
zur Feldarbeit sucht (auch durch Vermittlung)
Täweritz, Prauskitz.

Saubere Waschfrau gesucht
Riesa, Hauptstraße 59, im Laden.

Ein Pferdejunge
wird bei sehr guter Behandlung gesucht. Zu erfahren Bismarckstr. 11b, 3. r.

Suche zum sof. Antritt einen
Pferdejungen,
guten Pferdepfleger, auch durch Vermittlung.
Gutsbesitzer Knifke, Poppitz.

Ein Knabe, welcher Lust hat Sattler und Tapezierer zu werden findet
Lehrstelle
bei Max Mros, Sattlermstr., Riesa, Hauptstr. 24.

Zeitungsträger
wird noch gesucht. Frau Jöttner, Goethestr. 41.

Gewandte Colporteure
gesucht (Stadt u. Land) für neuen, hoh. Gewinn bring. Artikel. (Ehrengabe für heimgekehrte Krieger.) Kunstverlag O. Autritter, Pforzheim.

Schüler werden noch angenommen zur gründlichen Erlernung des Geigenspiels und für Nachhilfe in Französisch und Latein. Adresse zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Kl. Wirtschaft oder Haus mit einigen Acker Feldgrundstück zu kaufen gesucht.
Angebote unter W O 1547a an das Tageblatt Riesa erb.

Gänserich gegen Gans
umzutauschen.
Emil Sieber, Gutsbesitzer, Groptitz Nr. 6.

Einen Hund,
klein oder mittel, möglichst scharf, kauft
A. M., Prauskitz Nr. 28.

1 weiße Riesen-Häsin u. 2 Jungtiere wegen Aufgabe der Zucht zu verkaufen.
Richter, Poppitzerstr. 28.

6—8 Legehühner
sucht zu kaufen
Schaubs, Gröba, Kirchstr. 16.

sonst spähte Ditlefs Auge über die Heide, hin zu dem Lehrerhaus, das die blonde Merret barg.

Kein Lichtschein grüßte von dort herüber. Langsam stieg er die Dünen hinab, langsam zögernd, als wollte er Zeit gewinnen, schritt er den schmalen Heideweg entlang, dem Dorfe zu.

Zwischen den wenigen Hütten des Dorfes ging er mit dumpf schallenden Schritten durch das schweigende List. Vor einem langen, niederen, mit Schilf gedeckten Hause, das ganz im Dunkel lag, blieb er tief aufatmend stehen. Ja, es war das alte Dach, noch der lange, schmale, armselige Garten, in dem noch immer die Bäume verdorrten wie einst. Die verblickene grüne Haustür mit dem gelben Klopfer, o, er kannte sie noch sehr gut! Acht Jahre war er fern gewesen. Merret war damals noch so jung, kaum 17 Jahre, aber freilich, acht Jahre war eine lange Zeit. Was lag nicht alles dazwischen?

Als Kapitän, oder nie siehst du mich wieder, hatte er einst zu der blonden Pflegeschwester gesagt. Und nun kam er, sein Wort einzulösen, das er ihr einst da oben auf den weißen Dünen gegeben.

Ditlefs Herz klopfte zum Zerspringen. Warum fiel ihm nur wieder Maiken Talen ein? Was wollte die Alte von ihm? Was wußte sie von Merret? Warum hatte er so lange nichts von Merret gehört? Immer hatte sie geschrieben, als sie in Hamburg bei der Schwester von Pidder Bootje, ihrem Vater, zum Lernen gewesen, und dann auf einmal nichts mehr.

Wieder kroch eine heiße Angst zu Ditlefs Herzen. Warum glaubte er plötzlich nicht mehr, was er sich seit Jahr und Tag immer fester eingeredet hatte? Waren wirklich ihre Briefe verloren gegangen, wie er geglaubt, oder hatte Merret überhaupt nicht mehr geschrieben?

Warum nur? Freilich, er selbst war ja auch ein schlechter Briefschreiber gewesen, aber er hatte doch ihr Wort, wie sie das seine?

Jetzt glimmte ein Licht in der niederen Stube des Lehrerhauses auf. Entschlossen rührte Ditlef den Klopfer an der niederen Tür. Gebückt trat seine hohe Gestalt über die Schwelle. Bei dem unsicheren Licht sah er nur eine jugendliche Frauengestalt in dem Rahmen der Tür stehen.

„Merret", schrie er auf. Es klang wie ein unterdrücktes Schluchzen. Zitternd streckte er seine Arme aus, das Mädchen zu umfassen, aber erschreckt und verwirrt ließ er die Arme wieder sinken. Das war nicht Merrets Blick, der ihn grüßte.

Unsicher, mit tödlichem Erschrecken in den Augen, sah das junge Mädchen auf den Fremden. „Ditlef", rief sie dann voll heißer Freude und doch voll geheimer Angst, „Vater, komm doch, Ditlef ist wieder da!"

Ditlef Stöven stand und hielt die Hände des blonden Mädchens in den seinen. „Inken", sagte er warm und herzlich, „liebes, kleines Schwesterchen, so groß und so hübsch bist du geworden? Und du hast mich gleich wieder erkannt?"

„Natürlich", lachte das Mädchen, und es klang neben der noch nicht völlig überwundenen Angst doch wie leiser Jubel in ihrer Stimme, „aber nun komm doch näher, Ditlef, und laß dich anschauen. Was hast du nur für einen großen Bart und wie dunkel ist dein Haar! Einst war es blond wie das meine."

„Wo ist Merret?" fragte Ditlef unsicher und sah sich rastlos in der kleinen Friesenstube mit den grünen Kachelwänden und Bettsponden um. Ehe aber Inken Bootje antworten konnte, kam Pidder Bootje, der alte Lehrer, mit schlürfendem Schritt herbei und sagte herzlich, dem Kapitän seine beiden alten zitternden Hände entgegenstreckend: „Daß ich das noch erlebe! Mein Junz, mein lieber Junz!"

Die Bewegung drohte Pidder Bootje zu übermannen. Inken führte den Alten sorglich zu einem der hohen steifsehnigen Holzstühle. Da saß er und wischte sich mit dem blaugetüpfelten Taschentuch die Tränen aus den guten, kleinen Augen, die unter dem schlicht gescheitelten weißen Haar matt und farblos hervorblickten.

„Er hat dich als tot beweint", sagte Inken erläuternd. „Warum hast du denn so lange nicht geschrieben, Ditlef?"

„Nicht geschrieben?" fragte er erschrocken. „Habt ihr denn meine Briefe nicht erhalten?" Inken schüttelte den Kopf und Pidder schluchzte laut auf.

„Und warum habt ihr mir auch keine Kunde gesandt, ihr hielt mich für tot?" fragte Ditlef tonlos. Sein Gesicht war starr und hart, und unheimlich loderten seine dunklen Augen. „Warum habt ihr denn bei meinem Neeber keine Erkundigungen eingezogen?"

„Merret wollte es nicht", kam es stockend von Inkens Lippen, „sie meinte, wenn du lebtest, hättest du ihr geschrieben. Da ließen wir es sein. Der Vater ist alt und müde von Amt und Sorgen und ich."

„Und du? Hast du auch geglaubt, daß ich tot war?" Flammend, herrisch brauste seine Rede über Inken hin.

„Nein", kam es halb trotzig, halb zaghaft von den jungen Lippen, „ich wußte, daß du lebtest, Ditlef!"

„Wer sagte es dir?"

„Mein Herz!" gab sie leise zurück.

Der Mann mit dem großen Bart und den dunklen Augen raffte den herniedergeglittenen Mantel zusammen und lachte höhnlich auf.

„Wo ist Merret?" forschte er. „Wo ist deine schöne Tochter Merret, Pidder Bootje? Schaff sie mir zur Stelle, alter Mann!"

„Merret wird gleich hier sein", rief das junge Mädchen, ihre stolze, kräftig entwickelte Gestalt hoch aufrichtend. „Merret ist oben in der Kammer, sie bringt nur ihren Buben zur Ruhe!"

„Sie bringt ihren Buben zur Ruhe? Ja seid ihr denn alle wahnsinnig, bin ich's selbst? Wollt ihr mich rasend machen?"

(Fortsetzung folgt.)